

KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für

Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Nummer 133

Wilhelmshaven

März 1996

TOTGESCHWIEGEN

VERSICKERN DIE GUTACHTEN IM SUMPf? INFORMATIONEN ÜBER ALTlastEN, IGS UND GUTACHTEN AUF SEITE 3



INHALT

Die Auseinandersetzung um die Bewertung der Altlasten am Standort der ehemaligen Müllkippe Kirchreihe bekam durch eine RTL-Sendung neue Nahrung - für uns auf Seite 3 Anlaß, die Fakten in Erinnerung zu rufen

Wird aus Radio Jade ein "Klöpfer-Radio"? Anonyme Mitglieder des Radio-Vereins faxten ihre Befürchtung an die Zeitungen in WHV und Umland - wir berichten darüber auf Seite 4

Der neue Fahrstuhl im Rathaus: ein Schildbürgerstreich? Warum Behinderte zu diesem Schluß kommen könnten, verraten wir auf Seite 5

Ein Musterbeispiel dafür, wie man durch Weglassen von Fakten eine Meldung umkehren kann, bot uns die WZ am 16. März. Was die WZ wegließ, ergänzen wir auf Seite 7

Die Verwaltungsreform war schon im letzten GEGENWIND unser Thema. Auf Seite 8 kommt der Personalrat der Stadtverwaltung zu Wort

Der GEGENWIND wird auch in Schiffdorf-Wehden gelesen. Von dort aus wurde der Ausschlußantrag gegen ein Mitglied des Guttempler-Ordens gestellt. Auf Seite 11 steht, was unsere Zeitung damit zu tun hat

Der Trögeler-Ausschuß hatte viele Weißmacher. Wer weiß gewaschen wurde und wer uns etwas weismachen will, steht auf den Seiten 12 und 13

Die Grünen mausern sich immer mehr zur Ersatz-FDP. Auf Seite 15 gibt's dazu einige Hintergrundinformationen.

Einen Großen Zapfenstreich gab es im Marinestützpunkt - Anlaß für die Spaß-Guerilla, eine Hauswurfsendung unter falscher Flagge zu verteilen. Wir wünschen viel Spaß auf Seite 16.

Nachrichten

LUFTNUMMERN

kennzeichnen nach Ansicht aller Oppositionsparteien im Rat die Haushaltssatzung, die am 20.3. trotzdem mit Stimmenmehrheit der SPD/FDP-Gruppe verabschiedet wurde. Auf der Habenseite werden 7 Mio DM Einsparungen an Zins- und Schuldentilgungen verbucht. Hierfür hätten zu Jahresanfang 107 Mio DM aus dem Verkauf von städtischem Eigentum - sprich: Anteilen an der Jade-Wohnungsbaugesellschaft - in das Stadtsäckel fließen müssen. Es gab bislang jedoch noch nicht einmal konkrete Verhandlungen mit einem neuen Investor. Es gibt laut Oberstadtdirektor Schreiber allein „aktuelle Überlegungen“ zu Gesprächen mit der Niedersächsischen Landesentwicklungsgesellschaft (NILEG). Je weiter das Jahr vorrückt, umso höher muß die Verkaufssumme ausfallen, um die Zinsersparnis zu erwirtschaften. Zum Jahresende wären weitere 3,5 Mio einzusparen, entsprechend 37,5 Mio DM an Verkäufen. Schreiber: „Die Verwaltung hat nie behauptet, es seien gesicherte Zahlen, aber die Dinge sind im Fluß.“ Wenn das mal nicht wieder den Bach runtergeht. (iz)

EINE BONSAI-EXPO

wird es nun doch in Wilhelmshaven geben, so beschlossen auf der letzten Ratssitzung gegen die Stimmen der CDU und Stattpartei. Der als Gast geladene Manager der Hannoveraner Expo-GmbH, Christian Ahrens, ermunterte die Ratsvertreter, sich für die Registrierung als Außenstandort zu entscheiden: „Warum eine Expo Bremerhaven, wenn wir in Niedersachsen den Standort Wilhelmshaven haben?“ Ratsherr Felmberg hielt ein flammendes Plädoyer, das mit dem Aufruf zur Mitwirkung aller Vereine endete und damit peinlich auf das Niveau „Wochenende an der Jade auf 200 Tage ausgedehnt“ abglitt. Ratsherr Rath beschimpfte die WZ, daß sie nicht ausführlicher das Expo-Thema dieser Ratssitzung angekündigt hatte (man mag über die WZ denken, wie man will, aber ein bißchen Pressefreiheit haben wir wohl schon noch) und schloß populistisch: „Ich mach mit und wir gehen da durch.“ CDU-Fraktionsvorsitzender Biester versuchte die Kollegen wieder auf den Teppich zu holen: ob das dreiseitige EXPOSé der Verwaltung wirklich weltausstellungsreif sei? Und: „Wir rennen seit drei Jahren nur der Registrierung hinterher, als sei damit schon das meiste getan.“ Auch Focke Hofmann malte schwarz: „Ein Mix aus Rummel und Meer allein bewirkt keine Strukturverbesserung; die eigentliche Expo am Meer wird ohnehin in Bremerhaven stattfinden.“ Leider konnte auch Ahrens außer der kostenlosen Nutzung des Expo-Logos nichts Konkretes zusagen. Und machte unmißverständlich klar: Wer sich für die Expo entscheidet, darf nicht davon ausgehen, „nur anderen in die Taschen greifen zu können.“ (iz)

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u. v. m.
Bahnhofstraße 7 • 26382 Wilhelmshaven
Tel. (04421) 4 21 84

VERÄPPELT

konnten sich auch die Ratsfrauen aller Parteien fühlen. Ihre „Kleine Anfrage“ bezüglich der städtischen Veranstaltung zum Frauentag bezog sich unter anderem auf die sibirischen Verhältnisse während des Beisammenseins im ungeheizten Ratssaal. Das war nicht der erste Lapsus in der Geschichte dieser Feierlichkeiten, und so lag die Vermutung nahe, daß Absicht dahinterstecken könnte. Die Verwaltung antwortete (mit der zynischen Überheblichkeit, die man bei derlei kritischen Anfragen an sie schon gewohnt ist, ohne daß man sich als Ratsmitglied oder BürgerIn daran gewöhnen mußte): Der Hausmeister hätte eben zu spät gemerkt, daß die Heizung ausgefallen sei. Nach völlig irrelevanter Darlegung der technischen Zusammenhänge bat die „zugegebenermaßen männliche“ Verwaltungspitze um Entschuldigung. (iz)

Essthetik von



JONATHAN

Naturkostladen
Marktstr. 86
Tel. 04421/13438

BULLSHIT

servierte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Walter Hirche (FDP), bei einem Besuch der hiesigen Öffentlichkeit. Er stellte die These auf, daß es allemal günstiger sei, die Shell-Raffinerie in Hamburg von Wilhelmshaven aus via Pipeline mit Rohöl zu versorgen, als Ölbekämpfungsmittel auf der Elbe vorhalten zu müssen (WZv, 12.3.96)! Doch es gibt einen weiteren Ölhafen an der Elbe, der von mit Rohöl beladenen Großtankern angelaufen wird: Brunsbüttel. Von dort aus wird eine Raffinerie in Schleswig-Holstein beliefert. Zudem verkehren auf der Elbe jährlich Tausende von Küstentankern, aus denen bei Unfällen Raffinerieprodukte wie schweres Heizöl oder Schmieröl auslaufen können. Nicht vergessen darf man zudem das Unfallrisiko, das z. B. von den vielen Hamburg anlaufenden Containerriesen ausgeht. Die transportieren in ihren Brennstofftanks nämlich ganze Schiffsloadungen an Heizöl. (jm)

EIN JUGENDPARLAMENT

soll es auf Antrag der CDU demnächst in der Jadestadt geben. Hintergrund ist die Herabsetzung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre. Die Neuwähler sollen sich ernst genommen fühlen und den Umgang mit demokratischen Diskussions- und Abstimmungsprozessen lernen. Ein guter Gedanke an sich, dem alle Parteien vorbehaltlos zustimmen könnten? Die VertreterInnen der Frauenliste und der Grünen, die sich im allgemeinen mehr mit Minderheiten befassen als die „großen“ Parteien, sind anderer Ansicht: das institutionalisierte Mitwirkungsrecht allein würde nicht garantieren, daß die Jugendlichen wirklich ernstgenommen werden. Es würde ihnen zwar das Gefühl vermitteln, mitbestimmen zu können; das sei aber wenig glaubhaft, wenn in der Praxis den Belangen dieser Altersgruppe zu wenig Rechnung getragen wird. Konkret: solch ein Parlament sei eine „Veräppelung“ der Jugendlichen. Trotz dieser durchaus ernstzunehmenden Einwürfe beauftragte die Ratsmehrheit die Verwaltung, die Einrichtung eines solchen Parlaments vorzubereiten. (iz)

IMPRESSUM:

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Weserstr. 33
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/ 44000

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Hannes Klöpffer (verantw. Redakteur), Jochen Martin, Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;

Druck: Beta-Druck

Auflage: 5.200 Ex.

Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355 BLZ 282 90063

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 27.3.1996

Voraussichtl. Red.-Schluß der nächsten Ausgabe:
Anfang Mai 1996

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

VERDUNKELN UND VERSCHLEIERN

WAS HAT DIE MÜLLKIPPE KIRCHREIHE MIT DEN KREBSERKRANKUNGEN AN DER IGS ZU TUN?

(hk) Seit über zwei Jahren hat die Stadt Wilhelmshaven es schwarz auf weiß: Aus dem Deponiekörper der ehemaligen Müllkippe tom-Brok-Straße dringen giftige Substanzen in die Umwelt. Die Stadt hat sich allerdings zum Nichtstun verpflichtet - würde sie die begutachtete Gefährdung anerkennen, kämen Kosten in ungeahnter Höhe auf sie zu.

Inzwischen hat sich RTL der Sache angenommen - in der Magazinsendung "Explosiv" brachte das Magazin vor einigen Wochen die Krebserkrankungen von 12 LehrerInnen der IGS in Zusammenhang mit Schadstoffaustritten aus der Deponie Kirchreihe. Von diesen zwölf an Krebs erkrankten LehrerInnen sind inzwischen vier gestorben. In einer Folgesendung (16.3.96) stellte RTL ein vom Sender in Auftrag gegebenes Gutachten vor, in dem u.a. stark überhöhte Werte des krebserregenden Benzols in den Gräben im Bereich der IGS nachgewiesen wurden. Rolf Murzen von der Gesellschaft für Bioanalytik Hamburg berichtete in "Explosiv", daß ihre Laboruntersuchungen giftige Substanzen im Oberflächenwasser, stark konzentriert und krebserregend dazu, ergeben hätten. Besonders alarmierend seien, so Murzen, die Werte für das krebserregende Benzol. Kommentar des städtischen Umweltdezernenten Jens Graul in Explosiv: "Ich würde mal aus meiner Einschätzung sagen: Trinkwasser ist das nicht und wer dieses Sickerwasser nicht trinkt, der wird normalerweise kein Problem damit haben."

Die Auseinandersetzung über die Gefahren aus den Müllkippen an der Kirchreihe und der tom-Brok-Straße hat durch die RTL-Sendung an Brisanz zugenommen. Der GEGENWIND sieht sich dadurch veranlaßt, noch einmal die Ergebnisse und Empfehlungen des von der Stadt in Auftrag gegebenen Contrast-Gutachtens kurz darzustellen.

Das Contrast-Gutachten

Im März 1994 legte die "Contrast - Gesellschaft für Abfallwirtschaft und angewandte Umwelttechnologie mbH" der Stadt ihren Bericht vor. In der "Zusammenfassenden Bewertung" heißt es u.a.:

"Die vorliegenden Analyseergebnisse zeigen, daß eine erhebliche Belastung des Oberbodens sowohl durch Schwermetalle als auch durch PAK (Polyaromatische Kohlenwasserstoffe, z.B. Benzol -hk-) festzustellen ist. Beide Stoffgruppen besitzen ein beträchtliches toxisches Potential, wobei ein Teil der analysierten Substanzen zudem als kanzerogen (krebserregend) und/oder mutagen (erbutschädigend) einzustufen ist. Für die toxikologische Einschätzung einer potentiellen Gesundheitsgefährdung (...) sind die Expositionsmöglichkeiten im Hinblick auf die Nutzung des Areals als Freizeitgelände, Aufenthaltsfläche für spielende Kinder, Anbaufläche für Obst o.ä. am kritischsten einzuschätzen. Dies trifft vor allem auf Kleinkinder zu, die beim Spielen im Frei-

en Bodenmaterial durch Hand-zu-Mund-Kontakt aufnehmen und die darin enthaltenen Schadstoffe auf diesem Weg in den Körper gelangen können. (...) Die Belastung des Bodens mit PAK liegt größtenteils beträchtlich über den Konzentrationen, die in vergleichbaren Referenzböden zu erwarten sind. In der obersten Bodenschicht sind Stoffe wie Benzo(a)pyren, Benzo(k)fluoranthren, Chrysen und Indeno(1,2,3-cd)pyren, deren hohes kanzerogenes und genotoxisches Potential nachgewiesen ist, in bedenklichen Konzentrationen vorhanden. (...) Insgesamt erreichen die gemessenen Schadstoffkonzentrationen Bereiche, die aufgrund des toxischen Wirkungspotentials der Schwermetalle und der PAK als bedenklich einzustufen sind. Gesundheitsgefährdende Wirkungen können bei einer längerfristigen Exposition nicht ausgeschlossen werden.

Zusammenfassung

Aufbauend auf den Ergebnissen der orientierenden Untersuchungen zur Gefährdungsabschätzung der Altdeponie "tom-Brok-Straße", die eine z.T. erhebliche Belastung von Boden und Stauwasser mit umweltrelevanten Schadstoffen zeigten, wurden weitere Untersuchungen an den Schutzgütern Boden, Wasser und Luft durchgeführt. (...)

Ob das nachgewiesene Benzol nun auch für jede der Krebserkrankungen verantwortlich ist, bleibt ungewiß. Nur soviel ist sicher: Statt gemeinsam und so schnell wie möglich den Gefahren der Deponie auf den Grund zu gehen, wird in Wilhelmshaven verharmlost und verschönt, verdunkelt und verschleiert. So bleibt die integrierte Gesamtschule wohl noch länger eine moderne Bildungsanstalt mit einer vielleicht noch weiter ansteigenden erschreckenden Bilanz.

Schlußkommentar "Explosiv" 16.3.96

Von den 20 auf dem Kleingartengelände aus dem Bodenhorizont bis 1,0 m entnommenen und zur Analyse weitergeleiteten Bodenproben zeigten eine große Anzahl kritische bis akut erhöhte Gehalte an Schwermetallen und Arsen. (...) Insbesondere in den oberen 0,30 m Bodenmeter lagen bei 10 der untersuchten Bodenproben alarmierende Schwermetallgehalte vor. Darüber hinaus wurden für den östlichen Kleingartenbereich sehr stark erhöhte PAK-Konzentrationen ermittelt. Insbesondere das toxische und als can-



cerogen einzustufende Benzo(a)pyren wurde, auch in der obersten Bodenschicht (30 cm), in erheblichen, besorgniserregenden Konzentrationen analysiert. (...)

Insgesamt zeigen die Analysen der Oberbodenproben, daß gravierende Überschreitungen der im Falle einer oralen Aufnahme maximal im Boden tolerierbaren Schadstoffkonzentrationen (insbesondere für Blei, Cadmium, Quecksilber, Arsen, Benz(a)pyren) vorhanden sind und somit eine erhebliche Gefährdung insbesondere für Kinder nicht auszuschließen ist. (...) Die chemischen Untersuchungen von 7 Grabenwasserproben ergaben generell erhöhte Zink-, Quecksilber-, Arsen- und Borgehalte... in z.T. bedenklichen Konzentrationen. (...) Die chemischen Analysen der Grundwasserprobe ergaben ebenfalls bedenklich erhöhte Schwermetallgehalte.

Empfehlungen für die weitere Vorgehensweise

Aufgrund der ermittelten Schadstoffgehalte im Kleingartengelände sowie der sensiblen Nutzung ist eine akute Gefährdung des Menschen nicht auszuschließen. (...)

Aus den genannten Gründen wird daher vom Gutachter empfohlen, die folgenden Sofortmaßnahmen zu ergreifen:

- Untersagung jeglichen Anbaus von Kulturpflanzen
- Nutzungsverbot für Graben-, Stau- und Grundwasser (...)
- Jeglicher direkter Hautkontakt zum Boden muß ausgeschlossen werden (...)
- Kinder dürfen nicht im Kleingartengelände spielen
- Die Haltung und Verwertung von Nutztieren auf dem Kleingartengelände sollte unterbunden werden.

Darüber hinaus ist zu überlegen, eine Abdeckung der Oberfläche des Kleingartengeländes zur Verhinderung von Verwehungen vorzunehmen."

Fortsetzung nächste Seite

ÄGÄIS
Restaurant und Café



Türkische und Griechische Spezialitäten

Rheinstr. 13 26382 WHV Tel.: 44447

Dreckiges Geld

Giftmüllexport bringt tolle Profite - auf Kosten der Natur. Informationen bei Greenpeace e.V., Vorsetzen 53, 2000 Hamburg 11. Gemeinsam schaffen wir mehr.

GREENPEACE

Forts. "Verdunkeln und Verschleiern"

Soweit die Zitate aus dem Contrast-Gutachten.

Wie ging's weiter?

Was weiter passierte, ist kurz geschildert: Das Gutachten wurde unter Verschluss genommen - selbst die Mitglieder des Stadtrates bekamen erst nach langem Hin und Her Einblick, allerdings nur unter der Auflage, das Gutachten geheimzuhalten.

Die Stadtverwaltung entzog dem Umweltsenator Jens Graul die Zuständigkeit und übertrug sie an den verhinderten Jade-Boß Karl-Georg Sonnemann. Doch noch immer stand das Gutachten mit den brisanten Forderungen im Raum, also wurde flugs ein anderes Institut mit der Begutachtung der Meßergebnisse beauftragt und man konnte aufatmen:

Diese kamen zu der erwünschten Aussage, daß kein sofortiger Handlungsbedarf besteht.

Das in dem Contrast-Gutachten untersuchte Gebiet umfaßt nun allerdings nicht den Bereich der Müllkippe Kirchreihe - doch es ist mit großer Sicherheit davon auszugehen, daß die Probleme dort um keinen Deut geringer sind. Ein Gutachten über diesen Bereich, auf dem Sportforum u.ä. entstanden, soll seit einiger Zeit vorliegen und gut bewacht in der Schublade des bereits erwähnten Leiters des Bauordnungsamtes Karl-Georg Sonnemann ruhen. □

FUNK UND FAX

NAMENLOSE MUDELN IM HINTERGRUND BEI RADIO JADE

(ef) Über 80 Mitglieder des Vereins „Radio Jade Lokalfunk e.V. Wilhelmshaven/Friesland“ hatten sich am 20. März im Hotel Kaiser getroffen, um in einer Mitgliederversammlung mit umfangreicher Tagesordnung die "letzten personellen Pflöcke für den Bau des Ortssenders einzuschlagen".

Vielleicht war die Teilnahme nur deshalb so groß, weil zuvor allgemein bekannt geworden war, daß eine „Gruppe kritischer Vereinsmitglieder“ die Redaktionen der Zeitungen am Ort und im Umland mit einem Fax versorgt hatten, in dem vorausgesagt wurde, daß es bei dieser Versammlung zu einer Spaltung kommen würde, zumindest aber mit einem Eklat zu rechnen sei. Grund, so war dem Schreiben zu entnehmen: Manfred Klöpfer, Wilhelmshavener DGB-Vorsitzender, soll „auf sein ausdrückliches Verlangen zum neuen 1. Vorsitzenden von Radio Jade gewählt werden (Klöpfer wörtlich: „Ihr bekommt die Lizenz nur mit mir oder garnicht“). Dieses Ansinnen wird vom bisherigen Vorstand nach unseren Informationen zumindest teilweise unterstützt“. Weiter im Text: „Zahlreiche Vereinsmitglieder fürchten damit um die Unabhängigkeit des Vereins (...) Sie wehren sich gegen ein Klöpfer-Radio, wie es viele schon von Beginn an unter dem Namen von Radio Jade befürchtet haben (...) Eine Reihe von Vereinsmitgliedern hat für den Fall der Wahl von Klöpfer bereits ihren Vereinsaustritt angekündigt. Nach Auskunft der Niedersächsischen Landesmedienanstalt ist die Wahl eines DGB-Vorsitzenden als vertretungsberechtigten Vorstandsmitglied zumindest rechtlich bedenklich, wenn nicht gar ein Ausschlußgrund vom weiteren Lizenzierungsverfahren“. (Eine Rückfrage bei der LMA ergab, so ein Vorstandsmitglied, daß eine solche Auskunft nicht erteilt worden war -red-.)

Das Fax endet höflich: "Mit freundlichen Grüßen" und darunter "Radio Jade e.V. - Gruppe Kritischer Vereinsmitglieder -". Eine verbindliche Unterschrift muß auf dem Übermittlungsweg durch die Telekom „abgefallen“ sein - sie fehlte nämlich.

Zu erkennen gaben sich die „Kritischen“ auch

während der Zusammenkunft nicht. So ließ sich gut mutmaßen.

Könnten es Mitglieder aus der Arbeitsgruppe sein, die bei der Postenvergabe nicht berücksichtigt wurden? Waren es jene, die - was auch anklang-Klöpfers „Wilhelm I. - Aktion“ einfach nicht vergessen konnten? Wurde dieses Fax von Mitbewerbern um die Lizenz der Presse zugespielt, um Unruhe im Verein zu schüren? War es gar der Gegenwind, der den Weg des Vereins immer - auch kritisch - begleitet hat? Doch dies ist auszuschließen, denn die hätten „garnicht“ im Faxtext sicher gar nicht zusammen geschrieben. „Der Aufgeber des Schreibens muß ein Beamter gewesen sein“ so frozzelte ein Mitglied. Der Aufgabzeitpunkt sei 16.21 h, also Beamten-Dienstschluß.

Es ist stark anzunehmen, daß man die Initiatoren des Briefes nie orten wird, und die erhoffte Wirkung auf die Teilnehmer hatte er ohnehin nicht. Statt hitziger Dispute nur leise Bedenken gegen eine „Klöpferwahl“.

Manfred Klöpfer bekam dann auch satte 50 Stimmen, und sicher wäre sein Stimmenanteil noch größer gewesen, hätte der Versammlungsleiter das korrekte Ausfüllen des Stimmzettels präziser erklärt. Denn fehlerhaft ausgefüllte Stimmzettel wurden als Enthaltungen (19) gewertet. Klöpfer im nachhinein: „Ich habe meinen Stimmzettel auch falsch ausgefüllt“. □

Das wichtigste „Handwerkzeug“ eines jeden Reporters ist das Mikrophon. Und eben dieses (samt Lautsprecheranlage) hatten die Radiomacher von Radio Jade bei der Veranstaltung am 20. März vergessen zu installieren. Wer überall gehört werden will, muß auch für ausreichende Beschallung sorgen!

Bistro & Musikcafé



26384 Wilhelmshaven
Gökerstraße 95
Telefon (0 44 21) 3 78 59

Jeden Dienstag Studentenbewegung mit Dauertiefstpreis!

26380 SCHILDA

MEHR GUTER WILLE ALS SACHVERSTAND IN DER STADTVERWALTUNG

(noa) Wilhelmshaven, das wissen wir längst, hat eine Wiederbesetzungssperre für freiwerdende Stellen. Stellenabbau passiert nicht, wo es Sinn macht, sondern wo jemand kündigt oder in Rente geht. Nach diesem Prinzip könnten theoretisch ganze Ämter schließen müssen, während andere gar keine Reduzierung hätten.

Im Verlauf des Jahres 1995 gingen drei städtische Bedienstete in den Ruhestand, die als Pförtner nebenher den Fahrstuhl im Rathaus bedient und BesucherInnen Auskünfte erteilt hatten. Eine gute Gelegenheit zu einer Modernisierungsmaßnahme! Wozu so eine antiquierte Einrichtung wie die eines Fahrstuhls mit Liftboy?

Weil so eine Maßnahme gut durchdacht werden muß, überbrückte man die Zeit bis zum Beginn der Umrüstung mit ABM-Kräften. Aber dann im Januar war es soweit: Der Fahrstuhl wurde auf Selbstbedienung umgestellt. So wurde außen ein Rufknopf angebracht, da der Lift ja nicht immer gerade in dem Stockwerk ist, wo jemand ihn besteigen will. Man dachte sogar an behinderte RathausbesucherInnen: Die Bedienungsknöpfe wurden tiefer gelegt, und eine Konsole für blinde BenutzerInnen wurde eingebaut.

Als die Umrüstung abgeschlossen war, erwies sie sich jedoch als Schildbürgerstreich. Es stellte sich heraus, daß die Planer es zwar gut gemeint, es jedoch offensichtlich versäumt hatten, die einschlägigen Richtlinien zu studieren. Da hätten sie nämlich nachlesen können, wie ein behindertengerechter Fahrstuhl auszusehen hat.

Und nun ist es so, daß ein Rollstuhlfahrer, der mindestens mittelgroß ist, die Bedienungsknöpfe erreichen kann - immer vorausgesetzt, er kommt überhaupt in die Fahrstuhlkabine hinein. Das werden aber nur die ganz sportlichen Behinderten schaffen, da die Tür sehr

schwer ist. Vielleicht mit Absicht? Hat man da vielleicht daran gedacht, daß Kinder, verführt durch die nun erreichbaren Knöpfe, allein den Fahrstuhl benutzen wollen könnten, und wollte man sie vor der Gefahr schützen, sich die Finger an der viel zu schnell schließenden Innentür einzuklemmen?

Kinder sind ja bekanntlich begeisterte AufzugbenutzerInnen. Wer hat das nicht schon mal erlebt: Kinder, die stundenlang rauf- und runterfahren, weil das so schön kribbelt im Bauch? Die Blinden haben dieses Vergnügen jetzt auch. Sie können den Fahrstuhl selbst bedienen. Nur - sie erfahren mangels eines akustischen Signals niemals, ob sie im richtigen Stockwerk angekommen sind.

Norbert Weinberg, Vertrauensmann der Schwerbehinderten bei der Stadt Wilhelmshaven, hat in einem Schreiben an den Oberstadtdirektor mit Durchschriften an den Behindertenbeirat und den Sozialausschuß die Mängel aufgezeigt und um Abhilfe gebeten. Mangels Geld und aufgrund baurechtlicher Probleme wird das allerdings dauern. Das Geld kann in den nächsten Monaten zusammenkommen: Die Behinderten, die Eingliederungshilfe beantragen wollen, kommen ja erst gar nicht in das zuständige (nicht tiefer gelegte) Büro. □

DER TOD IST FARBENBLIND !



Kriegsdienstverweigerung - Dein Grundrecht !

KDV - Treff

Dienstags ab 20 Uhr im Tarish
Börsenstraße, Wilhelmshaven



Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören. Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung. Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Frieden, Umwelt, Soziales.

Der GEGENWIND sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluß zu nehmen. Der GEGENWIND wird durch Beiträge des GEGENWIND-Vereins, des GEGENWIND-Förderkreises und durch Anzeigen finanziert. Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.

ABENTEUER & FREIZEIT

Bekleidung, Zelte,
Rucksäcke, Boote
und Schlafsäcke

UNTERWEGS

Göker-/Ecke Peterstraße
Tel.: 04421/42912

Nachrichten

FRAUENZEITEN

brechen an - davon gehen die Frauenbeauftragten der Landkreise Friesland und Wittmund, der Städte Wilhelmshaven und Varel und der Gemeinde Schortens aus. Deshalb haben sie ihre Zeitung, die ausschließlich Themen behandelt, die Frauen interessieren, "FrauenZeiten" genannt. Das Blatt soll zunächst halbjährlich erscheinen. Die Nummer 1 ist im Februar herausgekommen, rechtzeitig vor dem Internationalen Frauentag.

Dem 8. März war neben einer Veranstaltungsseite ein Artikel gewidmet, der die Geschichte und die heutige Bedeutung des Frauentages aufzeigt. Außerdem bringen die FrauenZeiten in dieser ersten Ausgabe neben einem lesenswerten Porträt über Elisa Kauffeld und einer Umfrage zur Frau des Jahres 1995 mehrere Berichte zu unterschiedlichen für Frauen interessante Themen, Buchtips, Informationen über Bildungsangebote speziell für Frauen und Frauenreisen. Besonders lesenswert: die Besprechung des Buches "Eigentlich sind Mädchen stärker" von Theresa Maria de Jong und eine satirische Betrachtung des Rätsels "Mann".

Für interessierte Frauen, die bislang noch kein Exemplar haben: Die FrauenZeiten können bei den Frauenbeauftragten angefordert werden. (noa)

DAS ROTE HANDTUCH GEWORFEN

AUF- UND ABSTIEG DES SPD-FRAKTIONS-VORSITZENDEN UDO BERGNER

(red) Wie immer, wenn etwas Entscheidendes in der SPD geschieht, erfahren es die Genossinnen und Genossen nicht etwa durch ihre Vorstände, sondern durch die Ortspresse. So auch am 2. März d. J., als im Heimatblatt zu lesen war, daß der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Udo Bergner, auf eine Kandidatur für den am 15. September neu zu wählenden Rat „freiwillig“ verzichten wolle.

Was dann außer dieser Nachricht in zwei Artikeln in der WZ stand, war eine einzige Eloge auf ihn, wie sie nur auserwählte SPDler von ihr erwarten dürfen. Dieses Loblied ließ so manchen Genossen erstaunen. Hatten sie doch ein ganz anderes Bild von ihrem Fraktionschef. So nannte man ihn im vertrautem Kreise schon mal den „Napoleon der Fraktion“ (nicht nur wegen seiner Länge).

Napoleon? Der landete bekanntlich nach Feldzügen, die ihn bis nach Rußland führten, wo er dann die Hucke voll bekam, letztlich in der Verbannung auf der Mittelmeerinsel Elba. Der Korse hatte wenig Freunde; Bergner auch nicht. Dafür hatte der kleine Franzosenkaiser einen ihm ergebenen Hofstaat; den hatte Bergner auch. Denn einige Genossen erkaufte sich (wie bei Kaisers) sein Wohlwollen, indem sie seinen „Befehlen“ und „Machtworten“ blind folgten. Devotes Kopfnicken war stete Pflichtübung. Schwer hatten es nur die wenigen, die eine eigene Denke hatten. War doch jeder Widerspruch nahezu eine Majestätsbeleidigung.

Die Parteisolddaten in den Ortsvereinen hatten wenig Gelegenheit, Bergner persönlich kennenzulernen. Bei Parteiversammlungen und Arbeitskreissitzungen tauchte er fast nie auf. Selbst als der Unterbezirk in zwei Seminaren die ersten zaghafte Versuche unternahm, die SPD der Kaiserstadt zu reformieren, glänzte er durch Abwesenheit. War es Scheu vor dem gemeinen Parteivolk oder Arroganz? Parteipolitik war ohnehin nicht seine Welt. Dem musisch Veranlagten genügte es vollauf, sein Fraktionsorchester zu dirigieren und aufspielen zu lassen. Nur Spezis durften schon mal gelegentlich als Solisten auftreten.

Als Bergner Ende 1982 zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde, saß die SPD bekanntlich im Keller. Die 8. I. Kommunalwahl hatte man verloren. „Die SPD rutschte von 51,8 um 12 auf 39,8 Prozent herab“, so war es am 28. September 1981 auf Seite 1 der WZ zu lesen. „Mitschuld“ - so sagten die Genossen damals entschuldigend - hatten die aufmüpfigen Jungsozialisten unter dem damaligen Jusovorsitzenden Wolfgang Kuschel, die öffentlich (im „Rotdorn“) gegen die Parteikungeleien motzten und eine bessere Kommunalpolitik forderten. Daß die Jusos damals aus der Mutterpartei austraten, statt weiter konsequent gegen die Verwaltungsspitze mit Eickmeier und gegen die damaligen Parteioberen

Krell, Schüler und Prochnow (die drei blauen Jungs) Stellung zu beziehen, ist aus heutiger Sicht ein politisch nicht wieder gut zu machender Fehler gewesen. Innerhalb kurzer Zeit schaffte es Bergner, aus einer zweigeteilten, innerlich arg zerstrittenen Fraktion wieder eine einigermaßen arbeitsfähige Ratsgruppe zu stricken. Befreit von den lästigen Jusos (insgesamt 28 hatten damals geschlossen ihr Parteibuch zurückgegeben) gelang es ihm auch, die SPD-Führung der Jadestadt gut in den Griff zu bekommen. Es fiel ihm nicht schwer, ihr die „Flötentöne“ beizubringen, waren die damaligen Unterbezirksvorsitzenden Vogel und Junklewitz samt ihren Vorständen eher Parteiverwalter statt -gestalter.

In den folgenden zwölf Jahren hat Bergner in seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender einiges für unsere Stadt getan. Für die SPD als Partei dagegen wenig.

Doch bereits im Vorfeld der Kommunalwahl 1991 begann sein Stern langsam zu verblasen. Es bedurfte damals vieler Hinterzimmergespräche, um ihn auf der Kandidatenliste doch noch einmal günstig zu plazieren. Bei der Kommunalwahl 1986 hatten 3123 Wahlbürger (1981 hatte der einfache Ratsherr Bergner 701 Stimmen bekommen) seinen Namen angekreuzt. Trotz günstigem Listenplatz waren es bei der Kommunalwahl am 6. Oktober 1991 dann nur noch 1287.

Durch die immer noch auf dem Spielplan des Rates stehende Trögeler-Posse, wo Bergner einen besonderen Part im derben Spiel übernommen hatte, hat er, so äußerten sich nach Bekanntwerden des Ausstiegs des 53jährigen Sozialdemokraten nicht wenige Parteifreunde, seine Chancen auf Null gebracht. Und nur sein Entschluß, bereits im Vorfeld der Kandidatensuche öffentlich zu erklären, daß er sich aus der Kommunalpolitik verabschieden will, dürfte den allgemeinen Genossenzorn etwas mildern. □



Kommentar

WAS NUN SPD?

Wer soll die Fraktion im neuen Rat führen? Einen neuen Ratsvorturner zu finden wäre leichter, wenn die SPD die anstehende Kommunalwahl verlieren würde. Dann hätte man genügend Zeit, sich einen auszugucken. Behält die Partei mit einem Partner (ob Grüne oder Statt) doch eine Mehrheit, dann sieht es so gut nicht aus. Zwar hatte Bergner während seiner "Regierungszeit" einige Ratsmitglieder um sich geschart, die er auf wichtige Positionen oder in wichtige Funktionen hievte. Die dankten es ihm zwar durch Bravverhalten, doch Führungsqualitäten können weder Bergners Lieblingsgenossin Kirsten Trenne noch die „alten Räte“ Neumann, Schulz, Hilse oder Sandelmann vorweisen. Oder etwa die Jüngerer wie Lutz Hellmann (der große Schweiger) oder gar der Südstrandpirat Rath?

Die Partei muß alle Hoffnungen auf die neu in den Rat einziehenden Genossinnen und Genossen setzen, es sei denn, das „Fähnlein der acht Aufrechten“ (Frank soll gegenüber Trögeler erklärt haben, daß nur acht SPD-Ratsmitglieder gegen den Verkauf der Jade stimmen würden) würde das Heft in die Hand nehmen.

Von diesen dürfte allerdings nur Norbert Schmidt aufgrund seines Spitzenplatzes im Wahlbereich V ziemlich sicher sein, wieder in den Rat einzuziehen. Doch sogar bei ihm könnte es bei der Kreisdelegiertenkonferenz im April noch Überraschungen geben. Und der Wahlparteitag steht ihm auch noch ins Haus.

Walter Heide wurde bereits ins Abseits gestellt. Der „Südstrandwind“ hat jetzt auch Helga Weinstock-Renken weggepusst. Und ob Holger Barkowsky seinen Platz im Ratssaal behält, hängt ab vom Gesamterfolg der SPD und den WählerInnen in Fedderwardergröden, die seine Arbeit für den Bürger durch ihr Kreuz honorieren müßten. Wie es um die restlichen Nein-Sager bestellt ist, kann nur vermutet werden.

Diese kleine Gruppe könnte es zusammen mit den Ratsneulingen schaffen, wieder eine SPD-Ratsfraktion zu backen, die ihre Aufgabe vor allem darin sieht, die Beschlüsse und Zielsetzungen der Partei in die Tat umzusetzen und nicht - wie derzeit - als selbsterherrliche Sondereinheit der Partei zu fungieren.

Redaktion

PRESSERAT WEIST BESCHWERDE ZURÜCK

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG LEGTE GEBOTENE SORGFALTPFLICHT AN DEN TAG

(hk) Die genau gegenteilige Überschrift, nämlich "Presserat kritisiert Süddeutsche Zeitung-Wilhelmshavener Beschwerde stattgegeben" prangte am 15.3.96 auf der Seite 1 der WZ. Ob nun unsere Überschrift richtiger als die der WZ ist, mögen unsere LeserInnen selbst entscheiden.

Die Stadt Wilhelmshaven hatte sich beim Deutschen Presserat über den schon vielfach erwähnten Artikel im Magazin der Süddeutschen Zeitung "Kein Land in Sicht..." beschwert und erhoffte sich nun eine Rüge für die Süddeutschen. Im Schreiben des Presserates an die SZ geht die erste Runde klar an die Stadt als Beschwerdeführerin. Der SZ wird darin mitgeteilt, daß die Beschwerde der Stadt Wilhelmshaven begründet ist, weil die Zwischenüberschrift: "Immobilienhändler verständigen sich mit dem Hitlergruß. Stadträte drücken beide Augen zu." durch den Inhalt des Artikels nicht gedeckt wird. Der Presserat weiter: "Zugleich ist sie durch die in ihr enthaltene Unmittelbarkeit der beiden Aussagen geeignet, den Eindruck einer einheitlichen, tatsächlich stattgefundenen Handlung zu erwecken. Aussagekräftige Belege, die diese Schilderung hätten nachvollziehbar machen können, konnte der Ausschuss weder dem Bericht noch ihrer Stellungnahme entnehmen." Der Beschwerdeausschuss gibt der SZ den Hinweis, künftig sorgfältiger bei der Formulierung von Zwischenüberschriften vorzugehen.

Bis hierher stimmt also die Überschrift der WZ noch, und es heißt 1:0 für die Stadt.

Nachrichten

IMSTICH GELASSEN

fühlte sich der Regionalverband der Erwerbsloseninitiativen Weser-Ems, dem auch die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven-Friesland angehört. Der Verband hatte unter fünfzehn Landkreisen und kreisfreien Städten eine Umfrage zur Situation der Sozialhilfepraxis gestellt. Damit sollten für die vielfältige Beratungsarbeit der Initiativen verlässliche Daten zu vier Komplexen des Sozialhilferechts ermittelt werden.

Einer dieser Bereiche, die im Gesetz nur als Rahmenvorgabe geregelt und somit den Ämtern vor Ort zur Konkretisierung überlassen sind, ist die Übernahme der Unterkunftskosten. "Es ist von der Zufälligkeit der kommunalen Grenzen abhängig, ob z. B. ein Drei-Personen-Haushalt eine Wohnung bewohnen darf, die monatlich 654,- DM oder 888,- DM kosten darf", so der Vorstand des Regionalverbundes.

Lediglich der Landkreis Wesermarsch und der Senat der Hansestadt Bremen haben die

Doch die Stadt Wilhelmshaven hat sich natürlich nicht in erster Linie wegen dieser Zwischenüberschrift an den Presserat gewandt - es ging in dem Artikel ja um einiges mehr.

Dazu nimmt der Beschwerdeausschuss wie folgt Stellung: "Bezüglich der anderen vom Beschwerdeführer monierten Passagen war für den Ausschuss ein Verstoß gegen die Publizistischen Grundsätze nicht gegeben. Hier ist Ihre Redaktion der nach den Umständen gebotenen Sorgfaltspflicht ausweislich der von Ihnen genannten Quellen nachgekommen."

Das ist mit Sicherheit mehr als nur ein Punkt für die Süddeutsche Zeitung. Und somit stimmt auch unsere Überschrift.

Ganz schlecht sieht hierbei allerdings (mal wieder) die Wilhelmshavener Zeitung des Manfred Adrian aus. Obwohl ihr der volle Wortlaut des Ergebnisses des Beschwerdeausschusses vorlag, verfälscht sie die Nachricht durch Weglassen einer wichtigen Passage so, wie es in ihr Weltbild paßt und so, wie sie ihre Leserschaft verdummen will. Eigentlich ein Fall für den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserats. □

Anfrage beantwortet. Das ist umso enttäuschender, weil das Ergebnis der Umfrage bzw. die Arbeit der Initiativen auch den Kommunen selbst zugute kommen sollten. Der Regionalverband vertritt nämlich die Auffassung, daß die finanziellen Belastungen, die zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens erforderlich sind, nicht weiter den Kommunen aufgebürdet werden dürfen. Gleichzeitig ist es unannehmbar, daß die Kommunen diesen Kostendruck durch weitere Beschneidung der Sozialhilfeleistungen auf die Bedürftigen abwälzen. "Hier sollte es einen kommunalen Doppelbeschluß geben, nämlich den Hilfesuchenden zu ihrem Recht zu verhelfen und gleichzeitig auf finanzielle Entlastung von den Kosten durch Land und Bund zu dringen", macht der Vorsitzende des Regionalverbundes, Rainer Müller, deutlich.

Bewußt sollte die Anfrage nicht über die politischen Parteien laufen, weil die Kooperation mit den Verwaltungen auch in deren Interesse liegen sollte. "Abspeisen lassen wir uns jedoch nicht und behalten uns den Weg über Anfragen der Kreistage und Stadträte weiterhin vor", betonte Werner Ahrens von der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven-Friesland. (iz)

EINGESTELLT

Nachdem bereits die Klage des Herausgebers der Wilhelmshavener Zeitung, Manfred Adrian, gegen die Verfasser des Artikels "Kein Land in Sicht..." im Magazin der Süddeutschen Zeitung vom 20.10.1995 vom Landgericht Stuttgart abgewiesen wurde, stellte nun auch die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I das Verfahren gegen Handlögten/Venske ein.

Manfred Adrian hatte am 19.1.1996 Anzeige gegen die beiden Journalisten wegen Beleidigung gestellt. Mit Datum vom 11. März 1996 bekam er den folgenden Bescheid von der Staatsanwaltschaft: "Das Ermittlungsverfahren wird gemäß § 170/II StPO eingestellt. Gründe: Die vom Anzeigersteller beanstandeten Formulierungen der Beschuldigten im SZ-Magazin Nr. 42 vom 20.10.1995, der Anzeigersteller sei Republikanerfreund und kaisertreu, sind vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. Auf die Begründung des Urteils des LG Stuttgart vom 11.1.1996, Gz 17 0 525/95, das u. a. zwischen den hier Beteiligten ergangen ist, und das auch in strafrechtlicher Hinsicht zutrifft, wird Bezug genommen. Meier-Staude, Oberstaatsanwalt."

Kultur - Kommunikation

KLANG KLANG

Musik für Dich

Jeden Mittwoch ab 21⁰⁰ Uhr

"D J 's against mainstream"
smasher from the underground

Jeden Samstag ab 22⁰⁰ Uhr

Der D J läuft heiß!
...die Drink's bleiben kühl

Sonntags immer ab 20⁰⁰ Uhr

"Durch den Park mit Steven Spielberg"

Frühstück im Kling Klang

Sonntags ab 11⁰⁰ Uhr
...sonst jeden Tag ab 10⁰⁰ Uhr

Kling Klang Hot Line

Konzerttips und andere Veranstaltungen

04421/136367

Börsenstr. 73

26382 Wilhelmshaven

KLANG KLANG

STELLENABBAU DURCH VERWALTUNGSREFORM?

DER GEGENWIND SPRACH MIT ÖTV-PERSONALRÄTEN DER STADT ÜBER DIE VERWALTUNGSREFORM

(noa) Wir berichteten im letzten GEGENWIND über die Verwaltungsreform bei der Stadt Wilhelmshaven, die in der Ratssitzung im Dezember ohne Gegenstimmen beschlossen worden ist. Daß Veränderungen in unserer Stadtverwaltung notwendig sind, bezweifeln weder die Beschäftigten noch die BürgerInnen.

In den vergangenen 13 Jahren sind über 400 Arbeitsplätze abgebaut worden. Da diesem Abbau eine Wiederbesetzungssperre zugrunde liegt, ist er nicht planvoll, sondern nach dem Zufallsprinzip erfolgt - wo jemand gekündigt hat, in den Ruhestand eingetreten ist oder verstorben ist, ist der Arbeitsplatz einfach unbesetzt geblieben. Dadurch hat sich eine erhebliche soziale Schieflage ergeben. Die Abteilungen sind nicht gleichmäßig betroffen, sondern der Abbau hat hauptsächlich in Ämtern mit hoher Altersstruktur, mit hoher körperlicher Belastung und mit hohem Frauenanteil stattgefunden.

Gleichzeitig haben die verbliebenen Beschäftigten einen Aufgabenzuwachs erlebt, sei es durch neue Verordnungen, sei es z.B. im Sozialbereich durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Mehrarbeit für die MitarbeiterInnen, längere Wartezeiten für die Menschen, die die Verwaltung in Anspruch nehmen, das hat zu großer Unzufriedenheit geführt. Im Sozialamt achtet jetzt schon ein Wachmann darauf, daß "nichts passiert".

Wie die Mitarbeiterbefragung der Beratungsfirma KGSt consult, die dem Einstieg in die Reform vorgeschaltet war, ergab, krankt die Stadtverwaltung außerdem an einer Veralterung der technischen Einrichtungen und an Defiziten in der Personalführung und im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Und daß die Räumlichkeiten der Verwaltung z.T. erheblich sanierungsbedürftig sind, ist anlässlich des Schimmelpilzes im Sozialamt schon vor einiger Zeit bekannt geworden.

All dies ist der desolaten finanziellen Lage Wilhelmshavens geschuldet. Die Reform steht unter dem Zeichen der leeren Kassen. Sie soll auf jeden Fall Einspareffekte bringen. Da liegt

die Frage nahe, ob das Wort "Verwaltungsreform" nur ein anderes Wort für Rationalisierung ist.

Was unter diesen Bedingungen am Ende bei der Umstrukturierung herauskommen kann, wie der Reformprozeß anläuft und wie die Beschäftigten vor weiteren Einschnitten geschützt werden können, darüber sprachen wir mit den Personalratsmitgliedern Dieter Kanth, Bernd Kühler, Karl-Heinz Quast und Dieter Gutschmidt.

Gegenwind: Wie gestaltet sich die Beteiligung des Personalrates an der Verwaltungsreform?

Kanth: Wir beteiligen uns, wenn wir wissen, wie die Zielsetzung aussieht und wie die Beteiligung der Beschäftigten organisiert wird. Im Moment sitzen wir noch nicht drin in dem Boot, sondern informieren uns. Angesichts dessen, was hier in den letzten 13 bis 14 Jahren passiert ist, sind wir eher skeptisch.

Reformen haben eine lange Tradition im Öffentlichen Dienst

Gegenwind: Ist das Wort "Verwaltungsreform" nur ein Synonym für "Sparpolitik"?

Kanth: So sieht es aus. Erst im Februar hat der Rat beschlossen, weitere 88 Stellen abzubauen - auch dieser Abbau durch Wiederbesetzungssperre wird nach dem Rasenmäherprinzip stattfinden.

Reformen haben in der öffentlichen Verwaltung eine lange Tradition. Es hat ja schon seit den 70er Jahren mehrere Reformversuche im öffentlichen Dienst gegeben, aber wir müssen feststellen, daß die Hoffnungen und Erwartungen, die in diese Reformen gesetzt worden sind, im umgekehrt proportionalen Verhältnis zu den Ergebnissen standen. Beharrlichkeitstendenzen und Trägheitsprinzip in der Verwaltungshierarchie haben bis jetzt jede Reform verhindert, und da ist es verständlich, daß die Beschäftigten eher skeptisch sind. Was hoffen ließe, wäre eine neue, gut ausgebildete, unverbrauchte und für notwendige Neuerungen aufgeschlossene Generation.

Gegenwind: Damit sieht es aber schlecht aus - ohne Neueinstellungen.

Kanth: Eben. Wo soll die neue Generation herkommen, wenn aufgrund von Einstellungsstop kaum Auszubildende übernommen werden? Bei der Reform kommt es eben nicht

auf technokratische Strukturen, sondern auf Mitarbeiter, auf Menschen kommt es an. Es sieht aber so aus, als ob diese Reform nur auf schnelle Kostenreduzierung und noch schnellere Rationalisierungseffekte baut. Gerade jetzt im Jahr der Kommunalwahl dürfte es für viele Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung nur um die Frage gehen, wie man sparen kann, ohne sich zu unpopulären Einschnitten, z.B. durch Aufgabenabbau, Schließung von Einrichtungen oder Gebührenerhöhungen bekennen zu müssen. Und eine Reform, die unter diesem Vorzeichen steht, hat es schwer, Skeptiker für die notwendigen Neuerungen zu begeistern. Man darf nicht übersehen, daß Rationalisierungen oft auch eine Frage von Investitionen sind, daß Reformen zusätzliches Personal erfordern, und vor allem, daß Erfolge nur mit den Beschäftigten und nicht gegen sie möglich sind.

Gegenwind: Die Beschäftigten sind aber doch eingebunden. Sie nehmen doch an den Arbeitsgruppen teil.

Kanth: Zum Teil sitzen nur Beschäftigte und Personalräte in den Arbeitsgruppen, nicht aber die Leute, die dann hinterher die Entscheidungen fällen.

Gegenwind: Aber ist das denn nicht gut so? Wenn die, die es betrifft, in der Arbeitsgruppe sind und erarbeiten, wie man es am sinnvollsten anpackt, dann entsteht doch der Schwung.

Kanth: Es muß auch die Ebene der Entscheidungsträger vertreten sein.

Kühler: Ich habe in Arbeitsgruppen, an denen ich teilgenommen habe, schon Begeisterung erlebt. Der Berater von der KGSt, der moderiert die Sitzungen ja nur. Und die Mitarbeiter tragen zusammen, was für Probleme sie sehen und was geändert werden müßte. Und bei der ganzen Verdichtung, die wir in den letzten Jahren hatten, können wir da selbstbewußt auftreten. Wir brauchen uns nicht zu verstecken und uns prügeln zu lassen als öffentlicher Dienst, der angeblich nichts tut. Aber die Amtsleiter saßen dabei und sagten gar nichts.

Die Kollegen in den Arbeitsgruppen wissen, daß Modernisierung notwendig ist, und sie wollen sie auch. Aber wenn es z.B. um neue Computer geht - alle wissen, daß kein Geld da ist. Das kann dann doch nur über Personaleinsparungen gehen. Und die CDU sagt ja, daß weiterer Personalabbau kommen muß.

Quast: Das ist der Einstieg ins Mobbing. Da wird das schwächste Glied in der Kette ausgeguckt.

Die Kehrseite der Reform

Gegenwind: Damit sind wir bei der dezentralen Ressourcenverantwortung. Ist das denn schon so, daß unter dem Zeichen der Reform in den Ämtern nachgeschaut wird, wen man am ehesten loswerden kann?

Kanth: Das hat eigentlich gar nichts mit der Reform zu tun, das geschieht unter dem Zei-

Die kulinarische Verführung in Deichnähe

Jeden Tag von 10.00 - 02.00 Uhr

METROPOL
im Pumpwerk

Restaurant - FrühstücksCafe - Mittagstisch
Biergarten - Live Music & Kinderspielplatz
WHV, An der Deichbrücke, Tel. 04421-43660

chen des Stellenabbaus. Es ist ja so, daß die Bereiche jetzt immer kleiner werden, und wegen der Budgetierung versucht jeder Bereich sich jetzt so rationell wie möglich darzustellen, und alles, was bisher so einigermaßen mitgelaufen ist, wird jetzt präsentiert: Das kann abgeworfen werden und das und das. Die leistungseingeschränkten Mitarbeiter kann man jetzt nicht mehr mit durchziehen, die werden dem Personalamt gemeldet.

Gegenwind: Passiert das schon?

Kanth: Das passiert schon. Ältere oder schwerbehinderte Mitarbeiter, da versucht man, die in andere Bereiche umzusetzen. Da kommt einer zu uns und sagt: Ich habe gehört, ich soll für eine Woche zur Aushilfe in einen anderen Bereich.

Aber um einmal auf die KGSt zurückzukommen: Der Herr Spandöck, der kommt ab und zu mal für einen Tag, und danach ist er wieder weg. Und dann läuft hier im Hause alles wie immer weiter. Der Berater kann ja nur einen Impuls geben, und dann müßte es hier weitergehen. Da haben wir zu Anfang gesagt, wenn nun die Verwaltungsreform von oben verordnet wird, dann soll in den einzelnen Abteilungen eine Darstellung gegeben werden, was das eigentlich heißt, damit die Mitarbeiter aller Ebenen überhaupt wissen, wie eine Reform aussieht. In einigen Abteilungen ist das gelaufen, und alle Beschäftigten sind beteiligt worden. Aber neulich habe ich gehört, daß in einem Amt eine Präsentation gelaufen ist, und der dortige Amtsleiter hat das so gelöst, daß er gar nicht alle eingeladen hat. Da saßen nur die Sachgebietsleiter. Das haben wir im Umweltamt erlebt. Da gibt es einen Referatsleiter, der läßt die Reform nur über die Hierarchie laufen. Und das ist unsere Befürchtung: Daß auch hier wieder Informationen geteilt werden, denn damit kann man ja auch Macht ausüben.

Nur zufriedene Mitarbeiter arbeiten gut

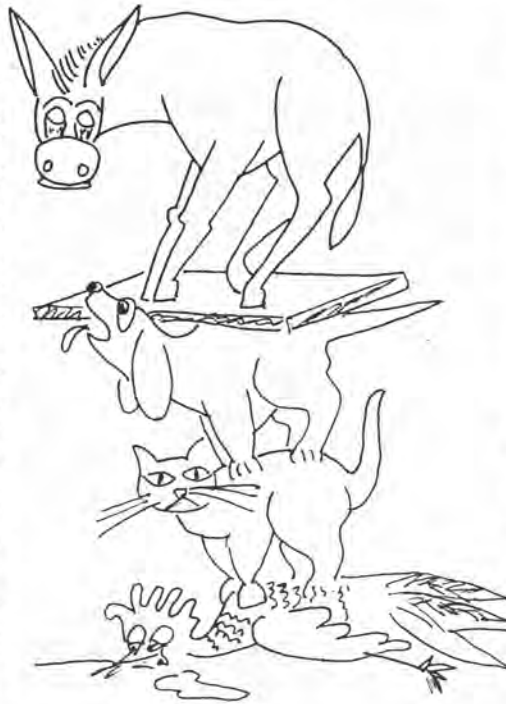
Gegenwind: Nach dem, was Sie eben gesagt haben, wäre das doch egal. Wenn die Budgetierung dazu führt, daß die Leute sich gegenseitig in die Pfanne hauen, dann kommt es doch nicht darauf an, wieviel sie über die Reformziele wissen.

Quast: Aber das kann ja nicht unsere Aufgabe sein, so einen Prozeß mitzutragen. Und da sind wir im Konflikt mit der Verwaltung. Es ist bekannt, daß nur zufriedene Beschäftigte gut arbeiten. Es muß im Interesse der Verwaltungsspitze sein, zufriedene Mitarbeiter zu haben, und nicht, so etwas auch noch zu forcieren.

Ich glaube, die Reform ist ganz schwer anzuschieben. Das ist auch ein Problem der Menschen. Wenn man diese Stadtverwaltung kennt, weiß man, daß es schwächere und stärkere Führungspersönlichkeiten gibt. Und wenn die Starken nicht mitziehen, dann hat die ganze Verwaltungsreform keinen Zweck. Dann ist sie nur eine Bemäntelung für Stellenabbau und Abbau von Leistungen.

Gegenwind: Heißt das, so wie die Menschen nun mal sind, geht die Reform nicht, oder heißt das, mit diesen Menschen hier geht die Reform nicht, oder heißt das, in dieser finanziellen Lage geht die Reform nicht?

Gutschmidt: Vielleicht geht sie mit diesen speziellen Menschen hier nicht. Vielleicht mit einer kommenden Generation. Es kommt sowohl auf die Führung als auch auf die Akzeptanz von unten an, und wenn ich höre, daß schon von vornherein Leute aus dem Informationsfluß ausgegrenzt werden, obwohl in den Seminaren der KGSt gesagt wird, diese Reform funktioniert nur von unten, dann



Die Wilhelmshavener Stadtverwaltungsmusikanten

ist sie zum Scheitern verurteilt.

Die öffentlichen Verwaltungen gehen unter dem Diktat der leeren Kassen den gleichen Weg wie die Konzerne. Und da denke ich automatisch an die Nieten in Nadelstreifen. Die Manager der Konzerne sind mit ihren Konzepten auch gescheitert (denken Sie an Mercedes), und wenn ich höre, daß eine Stadtverwaltung wie ein Konzern organisiert werden soll, daß die Ämter nicht mehr Ämter, sondern Firmen heißen sollen usw., dann bin ich skeptisch.

Gegenwind: Sind es also die Begriffe der Privatwirtschaft - Firmen, Produkte usw. -, die Sie mißtrauisch machen?

Gutschmidt: Nicht nur mich, sondern überhaupt die Beschäftigten - die mit Berufserfahrung.

Gegenwind: Da könnte man ja auch sagen, mehr Erfahrung hat auch was mit höherem Alter zu tun. Sind die älteren Kollegen vielleicht nicht unbedingt schlauer, aber sturer?

Kühler: Das hat nichts mit dem Alter zu tun. Solche Erfahrungen haben auch Jüngere. Ich

möchte ein Beispiel nennen. Als hier angedacht war, den Stadtwerken eine neue Betriebsform zu geben, haben alle mitgemacht und mitdiskutiert. Alle sollten mitentscheiden, welche Arbeitsmittel notwendig oder wünschenswert wären, und es sollte gemeinsam entschieden werden, was nun angeschafft wird. Und als man von der Umwandlung der Stadtwerke wieder abgekommen ist, hat man den ganzen Mitarbeitern, die sich so engagiert eingebracht hatten, nicht einmal gesagt, aus welchen Erwägungen heraus. Die haben sich dann gefragt, wofür sie sich überhaupt den Kopf zerbrochen und sich auseinandergesetzt hatten.

Auch oben muß sich etwas bewegen

Gegenwind: Das war schon vor der Reform?

Kanth: Ja, vor zwei Jahren.

Kühler: Die Mitarbeiter würden die Reform mittragen, wenn so etwas nicht so ausgehen würde, wenn sie sehen würden, es hat Sinn, sich zu engagieren, da bewegt sich etwas.

Kanth: Woraufes ankommt, ist, daß auch die Amtsleiterebene etwas abgibt. Die müßte delegieren, die müßte Entscheidungsbefugnisse abgeben, die müßte Informationsdefizite bei den Mitarbeitern abbauen - aber darüber baut sie sich gegenwärtig auf. Die gegenwärtige Praxis ist, daß die Information von oben nach unten immer kleiner wird. Es gibt Bereiche, in denen sich allmählich etwas ändert, wo auf Dienstbesprechungen Informationen weitergegeben werden. Aber das ist halt nicht überall der Fall. Ich habe jetzt den Fall des Referatsleiters im Umweltbereich im Auge, der auch für den Bauordnungsbereich zuständig ist - der achtet ganz stark darauf, daß an dem Informationspool nicht geknackt wird. Und aus solchen Bereichen kommen dann die Kollegen und fragen: Was soll denn die Reform, wenn wir weiterhin nichts erfahren?

Nicht nur die Kollegen unten müssen ihr Denken ändern, sondern auch die höhere Ebene.

Gegenwind: Was unternimmt denn nun der Personalrat, um die Reform ohne Einschnitte für die Beschäftigten zu gestalten?

Kanth: Wir streben eine Rahmenvereinbarung zwischen Verwaltung, Politik und Personalrat an, in der geregelt wird, daß betriebsbedingte Entlassungen und Privatisierungen und weitere Ausgliederungen ausgeschlossen werden, Lohn- und Arbeitsplatzsicherung garantiert wird, Aus- und Fortbildungsmaßnahmen festgeschrieben und die Übernahme von Auszubildenden zugesagt wird, und schließlich, daß es eine basisorientierte Mitarbeiterbeteiligung an der Reform geben wird.

Gegenwind: Stehen Sie schon in Verhandlungen?

Kanth: Ja, diese Verhandlungen laufen.

Gegenwind: Viel Erfolg dabei, und vielen Dank für das Gespräch. □

Leserbriefe

Zum abgedruckten Gespräch zwischen GEGENWIND und Andreas Kôut

Liebe Redaktionsmitglieder,

es sprengt wahrscheinlich den Rahmen, auf alle im Interview genannten Punkte einzugehen. Einige wollen wir aber trotzdem herausgreifen:

1. Für die Unterbringung der Asylsuchenden im Hause Czech war die Stadt zuständig, die selbst keine besonderen Ambitionen hatte, die Leute in herausragender Weise human unterzubringen. Wenn hier jemand versagt hat, dann ist es die gesamte Kommunalpolitik quer durch alle Parteien. In besonderem Maße gilt das für Andreas Kôut, der in den gesamten Jahren seiner Ratstätigkeit und seines Engagements in diesem Bereich dieses Thema auf keiner Fraktions- oder Vorstandssitzung thematisiert hat.



2. Die Gruppe um Andreas ist jeder innerparteilichen Auseinandersetzung aus dem Wege gegangen. "Der Vorstand hätte wissen müssen...", "Das war doch alles öffentlich...", "Die Situation ist für mich nicht diskutabel". Zu einem letzten "Klärungsgespräch" erschienen Beteiligte mit der vorbereiteten Austrittserklärung. DIE oder WIR zog sich wie ein roter Faden durch die Wochen. Die Konfrontation mit den Beteiligten wurde verweigert. Mögliche Kritikansätze wurden vertan.

3. Zum Begriff "unbemerkter Richtungskampf im Kreisverband": Diesen "Richtungskampf" hat es trotz aller von Andreas angemerkten möglichen Indizien nie gegeben. Gegeben hat es allerdings den langsamen Loslöseprozeß von Andreas: Seit dem Zeitpunkt, wo er, trotz aller Strategien machtlos zusehen mußte, wie "seine Zukunft", "sein Kind" - die Musikerinitiative den Bach runterging und ihm die Sozis ständig suggeriert haben, daß man den Laden hätte retten können, wenn er nicht bei den GRÜNEN, sondern bei der SPD gewesen wäre! Seit dieser Zeit gibt es von Andreas abweichende Voten in wichtigen Fragen wie z.B. der EXPO. Andreas hat mit seinem ständigen PRO-Votum EXPO 2000 ein massives grünes Auftreten gegen die EXPO verhindert!

Seine abweichenden Haltungen sind im Kreisverband und in der Fraktion immer akzeptiert worden. Für sich hat er mit aller Selbstver-

ständigkeit die notwendige und ihm zustehende Toleranz und Akzeptanz eingeklagt und erhalten.

4. Zum Begriff "Richtungswechsel": Für GRÜN hat es generell (Bund, Land, Kommunen) in den vergangenen Jahren immer die Konsenssuche mit der SPD gegeben. Dies war auch in Wilhelmshaven bei den letzten Kommunalwahlen der Fall. Sicherlich sind wir, gerade bei den letzten Wahlen, nicht der immer ausrechenbare Partner gewesen, der jederzeit zu disziplinieren gewesen wäre. Die Folge: Die SPD holte sich für einen Appell und ein Ei die FDP ins Boot. 40 Jahre SPD-Mehrheit in einer Stadt wie der unseren führen zwangsläufig zu einem nicht mehr kontrollierbaren Filz, der irgendwann seinen Höhepunkt erreicht (in diesem Fall die SPD/Jade-Affäre).



Zwangsläufig muß sich irgendwann die Opposition formieren. Ihr bleibt doch gar nichts anderes übrig, als gemeinsam zu überlegen, wie man diesen Sumpf trockenlegen kann. (Ob das als "Richtungswechsel" eingestuft werden kann, überlasse ich der Bewertung durch die GEGENWIND-Redaktion). Dies zu verhindern, hat Andreas mit seiner Aktion "diese Leute" versucht. Er hatte "mehr Leute seines Vertrauens in der SPD-Fraktion" als in seiner eigenen Partei (O-Ton Andreas).

Fest steht: Verlassen hat Andreas die Partei nicht nur wegen des Konflikts, den er innerparteilich nicht lösen wollte. Eine von der Gruppe initiierte Mitgliederversammlung hätte ja ihm und der Gruppe Recht geben und den bösen Vorstand rausschmeißen können. Da steht noch eine andere Suppe auf dem Herd. Den entsprechenden Duft haben wir schon in der Nase.

Wir bedauern ausdrücklich, daß die Auseinandersetzung nicht stattgefunden hat und daß Andreas es vorzog, den Weg des geringeren Widerstands zu gehen. Wir wünschen ihm auf seinem neuen politischen Weg und beim "Jade-Radio" alles Gute.

Werner Biehl, Vorsitzender des Kreisverbandes Wilhelmshaven, Bündnis 90/ Die Grünen

Alles Fisch. Otter?

Wenn Sie dem Fischotter helfen möchten, zu überleben, schicken Sie uns bitte diese Anzeige.



Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

BUND
Im Rheingarten 7
5300 Bonn 3



Zum Artikel "Von einem, der auszog..." in Gegenwind Nr. 132

An den Spruch "die Politik schafft seltsame Bettgenossen" mußte ich denken, als ich in dem Artikel gegen H.K. Prottengeier den Satz über den Durchbau der Berliner Straße fand: "So blieb diese so wichtige Verbindung zwischen Friedenstraße und Johann-Sebastian-Bach-Straße aufgebaut." Genau die Position der CDU-geführten Asphaltlobby!

Man mag über Herrn Prottengeier denken wie man will; in dem Punkt, daß die grüne Mitte der Stadt nicht durch eine neue Piste, - mit sehr zweifelhaftem Beruhigungserfolg für die Freiligrath-/Gökerstr. -, angeschnitten werden sollte, hatte er auch aus der heutigen Sicht recht. Wir wollen hoffen, daß die Zurückhaltung aus Mangel an "städtischem Kies" so bald nicht wieder in die Zerstörungswut der Straßenbauer und Verkehrsbeschleuniger umschlägt. Zweifellos würden die Pläne für die Berliner Straße dann wieder aus der Schublade gezogen.

Dr. Wolf Herold, Preußenstraße 48A

Beitrittserklärung/Einzugsermächtigung	
Hiermit trete ich dem GEGENWIND Förderkreis für politische Bildung bei:	
Name:	
Geburtsdatum:	
Straße:	
Wohnort:	
Telefon:	
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß mein Monatsbeitrag von DM (mind. 5,- DM) im vierteljährlichen Lastschriftverfahren von meinem Konto	
Kontonr.:	
Geldinstitut:	
Bankleitzahl:	
zugunsten des GEGENWIND-Kontos Nr. 500 355 bei der Volksbank Wilhelmshaven, BLZ 282 900 63, abgebucht wird. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. <input type="checkbox"/> Ich möchte den GEGENWIND regelmäßig zugestellt bekommen.	
....., den	
Ort	Datum
Unterschrift: (bei Minderjährigen Einverständnis eines/einer Erziehungsberechtigten erforderlich).	

KLEINE URSACHE, GROSSE WIRKUNG

GEGENWIND-ARTIKEL ALS AUSLÖSER EINES AUSSCHLUß VERFAHRENS AUS DEM GUTTEMLER-ORDEN

(noa) Eine relativ unwichtige Passage eines Gegenwind-Interviews hat jetzt, fast ein Dreivierteljahr später, unerwartete Folgen: Gegen Wolfgang Klaaßen läuft ein Antrag auf Ausschluß aus dem Guttempler-Orden wegen "ordensschädigenden Verhaltens".

Der Antrag wurde vom Distriktempler Helmut Krethe an das Distriktsgericht Niedersachsen gerichtet. Krethe legt dem Antrag Gegenwind-Artikel zugrunde, die er zum Teil zitiert, ohne die Zitate als solche zu kennzeichnen, so daß die Antragsbegründung ein wenig abstrus wirkt:

"Als Anlage unseres Antrages übersenden wir Auszüge aus der Wilhelmshavener Zeitschrift "Gegenwind" der Ausgaben Nr. 128, 129 und 130... Aus diesen Zeitungsartikeln geht hervor, daß Br. (Bruder, Anm. d. Red.) Klaaßen mit einer Frau Czech in Wilhelmshaven zusammenarbeitet, die einen zweifelhaften Ruf in Wilhelmshaven hat. Frau Czech hatte in ihrem Hause in Wilhelmshaven, Gökerstr. 109, seinerzeit Asylbewerber untergebracht und dafür von der Stadt entsprechende Mieten kassiert. Da die Asylbewerber ausblieben, vermietete sie die besagten Räumlichkeiten an Bürgerkriegsflüchtlinge und auch zumindest an einen Alkoholabhängigen. Sie hatte dort angeblich auch Guttemplermitgliedern einen Raum zur Verfügung gestellt. Keine Guttempler-Gemeinschaft hatte jedoch dort getagt.

Offensichtlich steckt Br. Klaaßen dahinter, der einen Alkoholabhängigen zu einem "kalten Entzug" an Frau Czech vermittelte, der dort in einem gefängnisartigen Raum ohne Tageslicht über mehrere Wochen zumindest zeitweilig gegen seinen Willen untergebracht wurde. (Gegenwind Nr. 128, Seite 10).

Nach Aussagen der Dipl.-Sozialpädagogin Weber in einem Leserbrief in Gegenwind Nr. 129, Seite 14, wurde gegen die Betreiberin der Unterkunft Strafantrag wegen Verdacht der Freiheitsberaubung gestellt.

Br. Klaaßen hat einen Alkoholabhängigen zu einer zweifelhaften Dame vermittelt, die eine ebenso zweifelhafte und von Fachleuten keinesfalls anerkannte Therapiemaßnahme durchführte.

Da in diesem Zusammenhang der Name Guttempler (Gegenwind Nr. 128, Seite 12, 3. Spalte und Seite 13, 1. Spalte oben) als Vermittler und später auch der Name "Herr K." und Wolfgang Klaaßen genannt wurden, ist in der Öffentlichkeit der Eindruck zu entstehen gewesen, daß die Guttempler durch Vermittlung alkoholgefährdeter Menschen an Frau Czech mit dieser zusammenarbeiteten.

Daß es sich bei Frau Czech um eine zweifelhafte Person handelt, ergibt sich auch aus dem Bericht Gegenwind Nr. 128, Seite 10, 2. Spalte.

Der Ruf der Guttempler hat somit in der Öffentlichkeit der Stadt Wilhelmshaven Schaden erlitten...

In einer persönlichen Erklärung in Gegenwind Nr. 130, Seite 13, 3. Spalte, läßt Br. Klaaßen verbreiten, daß er bei den Guttemplern in Nienburg seine Ausbildung zum Suchtkrankenhelfer absolviert hat. Seine ehrenamtliche Tätigkeit führt er jetzt für den Reichsbund durch.

Eine Ausbildung bei den Guttemplern in Nienburg kann Br. Klaaßen nicht absolviert haben, da die Nienburger Geschwister keine Ausbildung anbieten.

Bedingt durch das Vermischen der Suchtgefährdetenarbeit bei den Guttemplern und beim Reichsbund ist auch bei Außenstehenden eine Irritation entstanden, die geeignet ist, einen Vertrauensverlust der Guttempler zu bewirken.

Hier liegt eine Rufschädigung nach außen und innen vor."

Natürlich sind wir stolz darauf, daß der GEGENWIND auch weit über Wilhelmshavens Grenzen hinaus (Bruder Krethe wohnt in Schiffdorf-Wehden) gelesen wird und dort Menschen zu Handlungen veranlaßt. Nur stimmt in der Begründung des Ausschlußantrages so einiges nicht, und das will Wolfgang Klaaßen nicht hinnehmen. "Ich bin mir keiner Schuld bewußt", erklärt er gegenüber dem Gegenwind.

Mitnichten hat er den jungen Alkoholiker, der vor mittlerweile einem Jahr in der Gökerstraße 109 einen Entzugsversuch gemacht hat, dorthin vermittelt, und er arbeitet auch keineswegs mit Frau Czech zusammen. Dergleichen hat Frau Czech in dem Interview, auf das Bruder Krethe sich bezieht, auch nicht behauptet. Sie hat lediglich erwähnt, daß sie den jungen Mann durch Herrn Klaaßen kennengelernt hat, und in diesem Zusammenhang fälschlicherweise gesagt, die Gruppe von Alkoholabhängigen, der sie im vergangenen Winter ihren Gruppenraum zur Verfügung stellte, sei eine Abstinenzgruppe der Guttempler gewesen, was wir ohne Überprüfung veröffentlichten.

Irritation entstand genau genommen erst durch den Leserbrief der 1. Vorsitzenden der Guttempler-Gemeinschaft Nordseestrand, Frau Erika Guddusch, den wir in unserer Ausgabe Nr. 130 veröffentlichten. Sie schrieb, es sei bei den Guttemplern in Wilhelmshaven kein Herr K. bekannt, und da es tatsächlich mindestens drei männliche Guttempler in Wilhelmshaven gibt, deren Nachname mit K.

beginnt, waren mit Sicherheit außer der Gegenwind-Redaktion noch einige weitere Menschen irritiert. Herr Klaaßen wurde in der Folge jedenfalls von vielen Bekannten angesprochen und gefragt, was denn da los sei bei den Guttemplern.

Allerdings trug nun der Gegenwind zur Irritation bei. Unsere kurze Bemerkung zu Frau Gudduschs Leserbrief enthielt unrichtige Feststellungen: Zu der Zeit, als Herr Klaaßen eine Gruppe von Alkoholkranken im Gruppenraum im Hause Czech leitete, war er nicht Mitglied der Guttemplergruppe Nordseestrand. Tatsächlich war dies schon die Gruppe, die Wolfgang Klaaßen für den Reichsbund leitete und der Frau Czech den Gruppenraum zur Verfügung stellte, solange der zugesagte Raum im "Point" noch nicht fertig war. Auch daß Herr Klaaßen seine Ausbildung zum Suchtkrankenhelfer in Nienburg absolviert habe, ist unrichtig. Er hat diese Ausbildung beim Guttempler-Bildungswerk in Hoya gemacht.

Nun werden diese fehlerhaften Passagen in dem Ausschlußantrag zwar genannt, doch es ist schwer vorstellbar, daß sie die Ausschlußgründe sein sollen. Eher läßt sich denken, daß eine "Zusammenarbeit mit einer zweifelhaften Dame" wegen der Gefahr der Rufschädigung einen Ausschluß aus einem Verein nahelegt - allerdings sollte der Antragsteller dann doch erst einmal überprüfen, ob eine solche Zusammenarbeit tatsächlich stattfindet oder stattgefunden hat (was nicht der Fall ist).

Eine andere Frage ist, wie die Gegenwind-Ausgaben 128 bis 130 ihren Weg nach Schiffdorf-Wehden zu Bruder Krethe gefunden haben. Es scheint ganz so, als wären die damaligen Querelen bei den Wilhelmshavener Guttemplern, die zu W. Klaaßens erstem Ausschluß und seinem Wechsel zur Gemeinschaft Nienburg/Weser geführt haben, dadurch keineswegs beigelegt worden. Schwester Guddusch kann ja wohl kaum die Informantin gewesen sein, da sie ja keinen Herrn K. bei den Guttemplern kennt. Oder? □

Das Strafverfahren, auf das der Ausschlußantrag gegen Herrn Klaaßen sich bezieht, ist im November 1995 eingestellt worden. (noa)



AUSSER SPESEN NIX GEWESEN?

EIN RESUMEE ZUM „AUSSCHUSS FÜR BESONDERE ANGELEGENHEITEN“: EIN SONDERBARER AUSSCHUSS, ALLEMAL

(iz) Die Idee schien ja anfangs ganz gut: Die Klärung der Verwirrungen und Verstrickungen rund um den Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Jade nicht der Wilhelmshavener oder anderen Zeitungen oder den Verstrickten zu überlassen, sondern dem Rat der Stadt. Der gründete Ende letzten Jahres flugs einen „Ausschuß für besondere Angelegenheiten“, der sich aus VertreterInnen aller Ratsfraktionen zusammensetzte.

Bei allem Wohlwollen: es war doch nur ein Hobbytribunal, das sich da versammelte. Auch wenn einige Ratsmitglieder Juristen sind und der städtische Rechtspfleger, Herr Stoffers, beratend zur Seite stand - ein Sonderausschuß des Rates besitzt weder fachliche Qualifikationen noch ausreichende Rechtsmittel für die Rechtsfindung. Zudem blieb unklar, welche der zur Aussage geladenen Gäste nun Zeugen oder „Angeklagte“ waren. Letztere konnten sich deshalb frohgemut dem Thing stellen, konnten frei von der Seele weg dementieren oder Gedächtnislücken vortragen, ohne daß das Damoklesschwert des Meineides gedroht hätte, ohne daß jemand die Aussagen ernsthaft und gefährlich hätte hinterfragen, gegenüberstellen und auseinandernehmen können.

Es gab durchaus gute Versuche, Fangfragen zu stellen. Doch die Befragten hatten ihre Rollen so gut einstudiert, daß sich keiner in den Fußangeln verfang, die vor allem Ratsherr Focke Hofmann eifrig knüpfte. Und keiner räumte nur einmal ein, einen Fehler begangen zu haben, obwohl das doch nur allzu menschlich ist. So wie z. B. Bauunternehmer Bernhard Rech in der WZ einräumte, daß er Geschäfte mit rechtradikalen Immobilienhändlern macht - deswegen ist er ja kein von Grund auf schlechter Mensch. Er ist zumindest ehrlich, und das macht ihn schon wieder sympathischer als diejenigen Stadtoberhäupter, die behaupten, sie wüßten noch nicht einmal, wie diese stadtbekanntesten Immobilienhändler aussehen.

Kämmerer Wolfgang Frank, Zentralfigur in den Verhandlungen um die „Jade“, spielte den verhinderten, verkannten und deshalb gekränkten Retter der Region, agierte teils aggressiv, teils cool und so oberlehrerhaft, daß man sich fragte, wer da eigentlich wen vorzuführen hat: der Richter den Beschuldigten oder, wie hier, umgekehrt.

Und alle konnten sich darauf berufen, daß sie zur Nichtaussage legitimiert sind. Herr Frank z. B., weil sein Disziplinarverfahren noch schwebte, das ganz geheim ist. Dabei hatte er sich selbst angezeigt, um seine Unschuld zu beweisen. Selbst- und Strafanzeigen nahmen bald epidemische Ausmaße an. Der Ausschuß befaßte sich neben der Trögeler-Affäre bald mit weiteren besonderen Angelegenheiten, so mit dem Artikel in der Süddeutschen Zeitung (SZ), in dem der „Dreckige Sumpf“ Wilhelmshaven, trockengelegt durch Jahre des Vergessens, über Nacht wiedervernäht worden war. Der Oberbürgermeister und der Oberstadtdirektor verklagten die SZ auf eine

Gendarstellung. Zu deren Abdruck ist die Zeitung presserechtlich verpflichtet, ohne daß der Wahrheitsgehalt des Artikels damit tatsächlich hinterfragt würde. Dies wäre erst bei einer Strafanzeige der Fall. Zu diesem Mittel griff der WZ-Verleger Adrian, weil er in dem Artikel als „Republikanerfreund“ bezeichnet wurde. Pech gehabt: er verlor den Prozeß. Daraufhin stellte er, wie auch OB Menzel, Strafanzeige gegen die Autoren Günter Handlögten und Henning Venske. Schließlich zeigten sich die Grünen-Mitglieder Gerd Kläne und Marianne Fröhling an, weil sie bezichtigt wurden, Hauptinformanten der Autoren gewesen zu sein.

So hatte der Ausschuß und die sich darum rankenden Auseinandersetzungen zumindest für Juristen einen praktischen Nährwert in Form von Honoraren. Doch für die Stadt und ihre BürgerInnen? Ein Umlandmagazin bezeichnete Wilhelmshaven kürzlich satirisch als das größte Freilichtkabarett der Bundesrepublik (was Pressesprecher Konken so erbot, daß er schon wieder das Pressegesetz hochhielt). Der Ausschuß für besondere Angelegenheiten wäre die überdachte Fassung des Spektakels, denn er besaß wirklich einen hohen Unterhaltungswert, der bis zum Schluß einige interessierte Bürger bei der Stange hielt. Köstlich zum Beispiel die Einlage von Rechtsanwältin Bolko Seifert, der als Anwältin von Trögeler sicher Interessantes zu berichten gehabt hätte. Mit fast einstündiger Verspätung lieferte er einen Drei-Minuten-Auftritt, in dem er den Ausschuß wissen ließ, daß er seinem Ex-Mandanten gegenüber an die Schweigepflicht gebunden ist und nun rein gar nichts dem Ausschuß mitteilen dürfte. Das hätte er natürlich auch am Telefon schon verraten können oder, wenn ihm an der Sache echt gelegen wäre, hätte er sich durch seinen Mandanten von der Schweigepflicht entbinden lassen können. Noch komischer war, daß ihn der Ausschußvorsitzende für diesen Schildbürgerstreich nicht rügte, sondern ihm für die „Erfüllung seiner Bürgerpflichten“ dankte.

Kabarett mit freiem Eintritt? Mitnichten. Jeder Ausschuß kostet die Steuerzahler dieser Stadt Sitzungsspesen satt. Und die hätten hier eigentlich aus den Wahlkampfkassen der Parteien bezahlt werden müssen. Denn am Ende hatte der Ausschuß nicht das erhoffte, aber ein anderes Ergebnis, um nicht zu sagen, nur einen Zweck: alle Mitglieder der SPD und der Verwaltung, die in der Geschichte vorkommen, sind reiner denn je zuvor. Der Ausschuß fand nämlich zur falschen Zeit statt.

Ab sofort noch mehr
Gesundes für alle im

Tarish

Fleisch aus kontrolliert
ökologischer Landwirtschaft,
frischer Fisch und
Kaffee, Tee und Kuchen

Oder, je nach Sichtweise, zur richtigen. So kurz vor der Kommunalwahl nutzten die Parteien die Gelegenheit, sich öffentlich noch mal richtig gegenseitig zu zerfleischen. Auch das ist ein Ergebnis des Ausschusses, das OB Menzel in der vor-letzten Sitzung trefflich zusammenfaßte: es wurde deutlich, welche unerträgliche Umgangsweise die Mitglieder verschiedener Parteien miteinander pflegen. Da wurden sich Schwerbehinderungen als Beleidigung an den Kopf geworfen, da wurde sich lustig gemacht über jene, die immer wieder viele Fragen stellten. Und keiner blieb verschont. Ratsherr Focke Hofmann war eigentlich fein raus, er kam ja bis dato in keiner der Affären vor - sei es, weil er sich zurückhalten wollte, um erst bei positiver Entwicklung auf den fahrenden Zug aufzuspringen, sei es, weil tatsächlich mal alles an ihm vorbeigegangen ist.

Da kam in der letzten Sitzung noch ein Zeuge aufs Tablett, der gesehen haben will, wie Hofmann im - für konspirative Sitzungen allseits beliebten - Hotel am Stadtpark mit einem stadtbekanntesten Rechtsradikalen aus einem Raum kam. Hofmann griff daraufhin den OB an, weil der diesem Zeugen zwecks Bestätigung der Aussage hinterher telefoniert hatte, ohne Hofmann selbst zu informieren. Menzel schob wieder Hofmann den Schwarzen Peter zu, weil der durch seinen Angriff im Ausschuß den Vorfall erst öffentlich gemacht hätte. Die bibelfeste Ratsfrau Ursula Aljets hatte den Ausschuß anfangs mit Bibelziten aufgelockert. Diesmal vergaß sie zu sagen: „Und wer von Euch frei von Sünde ist, der werfe den ersten Stein ...“

Trotz alledem: Unser OB kann wieder richtig lächeln. Steht er doch an der Spitze der Rehabilitierten. Es ist unerheblich, daß der Ausschuß überhaupt nicht der Wahrheitsfindung gedient hat: Keine Behauptung, ob sie nun den OB, den Kämmerer oder wen auch immer betrifft, ist durch den Ausschuß bestätigt, aber auch nicht widerlegt worden. Wichtig ist, wie die Ergebnisse in der WZ verkauft

Fortsetzung nächste Seite unten

Folgendes Papier legte die SPD/FDP-Gruppe dem Rat der Stadt am 20.3.96 vor:

ENTWURF EINES ABSCHLUSSBERICHTES 'AUSSCHUSS FÜR BESONDERE ANGELEGENHEITEN'

Der Auftrag des Rates lautete: 'Klärung von Vorwürfen gegen Mitglieder des Rates sowie der Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven im Rahmen der Vertragsverhandlungen zum Verkauf von Anteilen der Jade-Wohnungsbaugesellschaft von Mai 1995 bis zum Abbruch der Verhandlungen und der Vorgänge, die zu dem am 20. 10. 1995 in der Beilage der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Artikel geführt haben.'

Zu den Vorgängen um die Süddeutsche Zeitung

ergibt sich für die SPD/FDP-Mitglieder des Ausschusses folgende Bewertung: Die Ausschussarbeit hat ergeben, daß die in dem Magazin gemachten Vorwürfe gegen Oberbürgermeister Eberhard Menzel, Wilfried Adam, MdL, und die Mitglieder der Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven jedes Anhaltes entbehren.

1. Es hat seitens des Oberbürgermeisters keine Kontakte zur rechtsradikalen Szene gegeben.
2. Menzel und Adam haben nicht an der im Magazin beschriebenen Fahrt nach Herzlake teilgenommen und waren auch niemals in Herzlake.
3. Die in dem Bericht zur ehemaligen Deponie an der Kirchreihe gemachten Aussagen sind im Ausschuss für besondere Angelegenheiten und

im Bau- und Umweltausschuß durch die Verwaltung und die unabhängigen Gutachter eindeutig widerlegt worden.

4. Die von den Ratsmitgliedern Kläne und Fröhling zum Thema 'Kontakte des Oberbürgermeisters zur rechtsradikalen Szene' und 'Stadion Friedenstrasse' weitergegebenen Äußerungen haben sich durch Zeugenaussagen (Frau Meyer, der Herren Baar, Wille und Willmann) als falsch erwiesen.

Schlußfolgerung: Wir schließen uns den von dem Herrn Ratskollegen Hofmann am 2.2.1996 ... gemachten Äußerungen an: 'Also, ich möchte ... für den Ausschuss feststellen, daß diese Aussage von Herrn Baar Herrn Kläne bekannt war, vor seiner entsprechenden, ich will nicht sagen Vernehmung, aber seines Auftritts hier in diesem

Ausschuß. Und das ... ist für mich nicht nur besonders bemerkenswert, sondern ... für ein Mitglied des Rates müßte es in diesem Sinne auch ein Nachspiel geben' ... 'ich fühle mich ... vorgeführt in dem Sinne, daß ... ein Ausschussmitglied, ... Informationen hat, diese offensichtlich aus politischen Gründen vorenthält, und nachdem also die Beweisführung herausbringt, daß an dieser ursprünglichen Feststellung in der Süddeutschen Zeitung nicht dran ist, dann die Flucht nach vorne antritt.'

... Die weitere Aufklärung dieser Angelegenheit 'Süddeutsche Zeitung' wird durch die Gerichte erfolgen müssen.

Zu den Vorgängen um den Verkauf von Anteilen der Jade-Wohnbaugesellschaft

Es war Aufgabe der Verwaltung, den ... Prüfauftrag 'Verkauf von städtischen Anteilen an Gesellschaften' umzusetzen. Zu diesem Prüfauftrag ist nach den Ergebnissen des Sonderausschusses anzumerken,

1. daß er von der Verwaltung nicht genügend spezifiziert worden war und in der Dezentrenkonferenz offenbar keine Planung zur Umsetzung existierte,
2. daß der Austausch von aktuellen Informationen und die Festlegung einer Verhandlungsstrategie innerhalb der Verwaltungsspitze nur unzureichend war,
3. daß ... Gespräche in der Sommerzeit in zu öffentlicher Atmosphäre stattgefunden haben, und daß damit in der Öffentlichkeit der Eindruck von 'fehlender Distanz' zwischen den Verhandlungsführern erweckt wurde,
4. daß die VA-Information als erste Information ausreichend war. Damit war jede Fraktion über die Grundzüge des geplanten Geschäftes informiert. Keine Fraktion hat bis Anfang September einen Abbruch der Verhandlungen gefordert. Im nachhinein halten wir bei Geschäften in derartigen Größenordnungen eine interfraktionelle Informationsbegleitung allerdings für empfehlenswert.
5. daß ... der von der Verwaltung gesetzte Zeitplan nicht hätte eingehalten werden können.

Deshalb ist es unverständlich, weshalb der Rat der Stadt unter Zeitdruck gesetzt wurde,

6. daß die Befragungen im Ausschuss ergeben haben, daß gegen die Person des Investors geschäftlich nichts Nachteiliges während der Verhandlungen festgestellt wurde. Zu den Vorwürfen des CDU-Fraktionsvorsitzenden wegen der angeblichen Konkurse wird sich der Ausschuss nicht äußern, da diese Äußerungen anscheinend gerichtsanhängig sind

7. daß für die SPD/FDP-Mitglieder des Ausschusses nicht ausreichend aufgeklärt werden konnte, von wem die Initiative zur beabsichtigten Absetzung des Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse ausging. Für die Ausschussmitglieder gabes keinerlei Anlaß, über die Absetzung des Vorstandsvorsitzenden nachzudenken, da er in der gesamten Angelegenheit in keiner Weise negativ involviert war

8. daß das Einbeziehen von Außenstehenden aus Politik und Wirtschaft, um bei einem derartigen Geschäft auch eine 'atmosphärische' Ebene zu schaffen, für hinnehmbar gehalten wird, allerdings darf nicht der Eindruck einer zu engen emotionalen Bindung der begleitenden Personen entstehen

9. daß ... keiner der Beteiligten persönliche Vorteile erlangt hat. Es ist allerdings kritisch zu sehen, wie Dienstreisen durchgeführt werden und wir halten es auch für bedenklich, wenn ein Mitglied

Mitglied des Aufsichtsrates einer städtischen Gesellschaft für diese notariell tätig wird.

Bei den „Trögele-Verhandlungen“ ist man über die 1. Phase - Kontaktgespräche, Sondierungsgespräche, Vorabgespräche - nicht hinausgekommen. Dem Verwaltungsausschuß hat kein 'Papier' vorgelegen. Der Oberstadtdirektor hat den Verwaltungsausschuß informiert, daß die Verwaltungsspitze die Verhandlungen abbricht. Mit der Darstellung seiner Gründe fand er die Zustimmung des Ausschusses.

Schlußfolgerung

1. Wir erwarten von der Spitze der Verwaltung, daß sie auch in Zukunft jede Möglichkeit nutzt, um die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern. Dies erfordert, Kontakte herzustellen und zu vertiefen, Klärung in Gesprächen, auch unter Mithilfe anderer Bürger und Ratsmitglieder, was zu erreichen ist, herbeizuführen. Der Zeitrahmen zur Beschlußfindung ist ausreichend festzulegen.

2. Der Rat sollte erwägen, Randbedingungen wie im Fall Jade (Entscheidungsvorbehalt bei Mieterhöhungen und Verkäufen, keine Belastung Wilhelmshavener Immobilien) von vorn herein zu formulieren und der Verwaltung vorzulegen. □

Fortsetzung "Außer Spesen..."

werden. Und in den Abschlußberichten. Wohlgermerkt: Berichten, Mehrzahl. Denn der Ausschuss kriegt nicht mal einen einheitlichen Bericht zustande, sondern jede Fraktion bzw. Gruppe bastelt den ihren. Oder hatte ihn schon fertig gebastelt in der Schublade. Während die CDU sich außerstande sah, in den wenigen Tagen bis zur Ratssitzung, auf der die Ergebnisse vorgetragen werden sollen, die dicken Wortprotokolle zu analysieren und zusammenzufassen, drängte die SPD/FDP-Gruppe auf Eile.

Die letzte interfraktionelle Redaktionssitzung war wohl ein einziges Mißverständnis. Die SPD/FDP-Gruppe legte dem Rat einen gemeinsamen Abschlußbericht vor, der von den anderen Gruppen gar nicht als gemeinsamer

gesehen wurde. Sie werden die Sache in der nächsten Ratssitzung nochmals aufrollen. So legt jede Gruppierung ihre eigene, wahlkampf-taugliche „Wahrheit“ vor. Wen wundert's: die politische Waschanlage hat nur ausgewählte Beteiligte erfaßt. Interessierte BürgerInnen, die die Arbeit des Ausschusses verfolgt haben, fragen sich ohnehin, ob sie in denselben Ausschusssitzungen gesessen haben wie die Verfasser des Abschlußberichtes.

Jetzt müßten sie eigentlich nur noch die Fenster des Rathauses zumauern, um die Dinge auf den Punkt zu bringen: Das spart nicht nur Heizkosten, sondern macht auch dem dümmsten Bürger deutlich, daß er nur Zuschauer eines Theaterstücks und von dem ausgeschlossen ist, was hinter den Kulissen passiert. □

* * * * *
SUSANNES OHRING

*Auswahl von der Creole
bis zum Fußkettchen...*

Gökerstr. 39 (Nähe Kortekreuzung)
Tel.: 04421/31880

Hemden DM 19,-
Westen 19,-
Hanfartikel

SOZIAL&SOLIDARISCH

REICHTUM IN EINEM REICHEN LAND REICHTUM IN DER BRD

Anläßlich des 1. Mai 1996 führt die PDS eine siebenmonatige Kampagne unter dem Motto "Sozial&Solidarisch" durch. Ziel dieser bundesweiten Kampagne von Mai bis November ist es, auf die prekäre wirtschaftliche Lage und auf die - daraus resultierende - soziale Ungerechtigkeit in diesem unseren Lande erneut aufmerksam zu machen.

Dazu einige nähere Erläuterungen!

Geht man von einem Haushaltseinkommen von monatlich 8.000 DM aus, dann gibt es in dieser Republick 1,8 Millionen reiche Haushalte. Laut Statistik haben 1986 102.792 Personen ein Vermögen von mehr als 1 Million DM angegeben. Die Dunkelziffer dürfte weit aus höher liegen. 1994 wurden insgesamt 653,1 Milliarden DM Gewinn aus Vermögen und Unternehmen bezogen, darunter 236 Milliarden Vermögenseinnahmen. Damit erhöhten sich die Geldbestände in deutschen Haushalten auf die Summe von 4.300 Milliarden DM.

WAS BELEGEN DIESE ZAHLEN WIRKLICH?

Die Vermögensverteilung, verläuft völlig einseitig. 11 Prozent der westdeutschen und 15 Prozent der ostdeutschen Haushalte hatten 1994 mehr Schulden als Vermögen.

Ein Zehntel dieser Gesellschaft vereinigt fast die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich, während sich bei 50 Prozent unserer Gesellschaft nur 2,4 Prozent finden.

Steuerhinterziehung in der geschätzten Größenordnung von 90 - 130 Milliarden DM: Steuersenkungen überflüssige Subventionierung unternehmerischer Vermögensbildung läuft auf einen dreistelligen Milliardenbetrag hinaus. Das unverhältnismäßig rasche Anwachsen des privaten Geldvermögens schlägt sich in der Bilanz der öffentlichen Haushalte als Verschuldung nieder. Die Schuldenbilanz der öffentlichen Haushalte

zeigt ein auf 1,2 Billionen angewachsenes Defizit.

Hinter diesen Schuldenberg stehen Gläubiger, die von der staatlichen Finanznot profitieren. 1992 hat die öffentliche Hand 100,7 Milliarden DM an Zinsen gezahlt, **die als Vermögenseinnahmen bei Reichen verbucht werden.**

Hinter der Überschrift, "REICHTUM IN EINEM REICHEN LAND", steht die altbekannte Weisheit: "DIE REICHEN WERDEN IMMER REICHER, DIE ARMEN WERDEN IMMER ÄRMER".

Das gesellschaftliche Klima ist durch die hier skizzierten Fakten nachhaltig geprägt. Auf der einen Seite werden viele Vorstöße zum Abbau des Sozialstaates - auch von Betroffenen - akzeptiert. Die Bereitschaft, "Opfer zu bringen", "seinen Beitrag zu leisten", ist hoch. Mindestens in gleichem Maße steigt aber die Verunsicherung über die Zukunft, sinkt das Vertrauen in die Fähigkeit der Politiker, die Probleme wirklich lösen zu können.

Deshalb lautet das Motto der PDS-Kampagne zum 1. Mai und darüberhinaus:

SOZIAL&SOLIDARISCH

Treffen der PDS-Basisgruppe:

Jeden 2. Montag und 4. Montag im Monat 20.00 Uhr "KLING-KLANG"

Auch das noch:

Seid dem ich nicht mehr sagen darf: "Soldaten sind,denke ich dies nur noch."

Verantwortlich i. S. d. P: Manfred Gaede

Weserstr.77 Tel.: 42291

E-Mail: MAGAEDE@t-online.de

**PDS LINKE
LISTE**

„LEGAL WIE MASSENTIERHALTUNG“

KRITISCHE MITGLIEDER DER GRÜNEN GEHEN IN DIE OFFENSIVE

(iz) Im letzten GEGENWIND berichteten wir über die Krise der Wilhelmshavener Bündnisgrünen: die Neuaufnahme der Eheleute Czech in die Partei hielten einige Mitgliedern für fragwürdig, da das Ehepaar in der Vergangenheit im Zusammenhang mit der von ihm betriebenen Asylbewerberunterkunft in die öffentliche Diskussion geraten war. Es kam zu Protestaustritten, darunter auch Andreas Koût, der gleichzeitig sein Ratsmandat zurückgab. Andere Kritiker blieben und suchten auf der letzten Mitgliederversammlung die Diskussion mit dem Vorstand sowie Czechs persönlich.

Gesprächsgrundlage war ein Brief, den Edgar Schäfer, langjähriges Parteimitglied, an alle Wilhelmshavener Bündnisgrünen gerichtet hatte. Schäfer rollt darin die katastrophalen Zustände in der von Czechs betriebenen Asylbewerberunterkunft erneut auf, unter Berufung auf Informationen der Bürgerinitiative gegen Ausländerfeindlichkeit (BIGAF) sowie Berichte im GEGENWIND vom Februar 1993 (Nr. 112) und August 1993 (Nr. 116).

Kern der Kritik ist, daß die Unterkunft hoffnungslos überbelegt war und die sozialen und hygienischen Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige Unterbringung nicht erfüllt waren. Die Vorwürfe beschränken sich nicht auf die Betreiber und die zuständigen Behörden, sondern treffen klar auch die eigene Partei, die um die Mißstände wußte, ohne entsprechende Aktivitäten zu deren Behebung an den Tag zu legen. Mehr noch: um die Parteaufnahme der Czechs zu rechtfertigen, hatte der Vorstand die bekannten Informationen und Berichte als „nicht bekannt, nicht hieb- und stichfest“ dargestellt.

Der Vorstand räumte jetzt ein, daß man in der Tat damals hätte mehr bewegen müssen, um das Problem nicht nur öffentlich zu machen, sondern auch abzustellen. Man hätte sich jedoch auch darauf verlassen, daß Andreas Koût als Ratsmitglied „an der Front“ gewesen sei und von ihm entsprechende Signale hätten kommen müssen. „1993 hat die Kommunalpolitik versagt, auch wir, auch Andreas“, so der Vorsitzende Werner Biehl im Rückblick auf die Untätigkeit der informierten Entscheidungsträger.

Was die Entscheidung über die Aufnahme der Czechs betrifft, hätte sich der Vorstand durch die massiven Angriffe einiger Mitglieder unter Druck gesetzt gefühlt und so schließlich nicht anders entscheiden können.

Czechs blieben bei ihrer schon bekannten Version, daß sie in erster Linie hätten helfen wollen. Sie fühlten sich durch die Zuweisung weiterer Bewohner seitens der Behörden überrollt; die Verbesserung der räumlichen Gegebenheiten sei mangels Baugenehmigung unterblieben; hinsichtlich der Ausstattung kam keine Hilfe von der Stadt („nur Stahl-schränke, Stahlbetten und sonst nichts, die sollen ja nicht lange bleiben“ zitierte Frau Czech den damaligen Sozialdezernenten Milger); ein/e SozialarbeiterIn hätte nicht eingestellt werden können, da die wechselnde Bele-

gungsdichte keine festen Einnahmen garantieren könnte. Sie selbst hätte die Zustände als unhaltbar empfunden, jedoch nichts unternommen, weil die BIGAF als möglicher Kooperationspartner für Protestaktionen sie letztlich persönlich angegriffen hätte.

Um ihrer persönlichen Verletztheit Ausdruck zu verleihen, verglich sie die Ablehnung ihrer Aufnahme durch kritische Parteimitglieder mit den Vorurteilen gegen ehemalige Strafgefangene, denen man zehn Jahre nach Verbüßen der Strafe noch ihre Verfehlung vorwirft und somit die Resozialisierung erschwert. Und schließlich sei sie nicht verantwortlich für das geltende Asylrecht.

Die Kluft zwischen Rechtsprechung und Moral hatte auch Schäfer in seinem Brief aufgegriffen - mit einem Beispiel, wie sich jemand an Steuergeldern bereichern kann, ohne sich dadurch strafbar zu machen. „Das ist ebenso legal in diesem unseren Lande wie die Massentierhaltung, solange man seine Mitarbeiter nicht vergiftet“, ist seine Schlußfolgerung. □

Zur Ergänzung der kontroversen Positionen siehe auch den Leserbrief von Werner Biehl auf Seite 10

NATURATA

Das Fachgeschäft für Naturkost und Naturwaren

Obst + Gemüse
Täglich frische Backwaren

Wilhelmshaven
Gökerstraße 58



Kommentar

Jede Interessensgemeinschaft lebt, wächst und entwickelt sich durch ihre internen Konflikte - solange sie demokratisch ausgetragen werden. Den Konflikt unreflektiert nach außen zu kehren, schadet dem gemeinsamen Nenner, der trotz Meinungsverschiedenheiten im Detail alle Mitglieder dieser Partei, dieses Vereins verbindet. Die einsame Entscheidung des Vorstandes der Wilhelmshavener Bündnisgrünen, in Kenntnis der begründeten massiven Gegenposition vieler Mitglieder, war ebenso undemokratisch und schädlich wie die Trotzreaktion der Kritiker, die mit Getöse ihre Parteibücher auf den Tisch geknallt haben. Wenn nicht die Ratten, sondern die Lotsen das sinkende Schiff verlassen, ist die Chance einer Wende zu neuen Strömungen vertan und der Untergang um so wahrscheinlicher - womit auch die Lotsen vorerst ihren Halt verlieren.

Um so erfreulicher ist die „Jetzt-erst-recht“-Haltung derjenigen, welche die Kritik teilen, jedoch statt der Flucht die Offensive antreten. Offene Worte - nun war sie da, die wirkliche Auseinandersetzung, wenn auch - vielleicht - zu spät. Da räumte der Vorstand Fehler ein - wenn gleich es unfair ist, im Nachhinein dem „Frontman“ Schuld zuzuweisen - Andreas Koût, nachdem er Partei und Mandat aufgegeben hat und sich nicht mehr in diesem Rahmen dazu äußern kann. Und auch Frau Czech ließ mit ihrer Parabel vom ewig bescholtenen Strafgefangenen durchblicken, daß ihr Handeln in der Vergangenheit nicht ganz in Ordnung war.

Die Kritiker ließen den Vorstand zu Wort kommen, sie hörten sich auch Czechs Geschichte an, freilich ohne jedes Argument gelten zu lassen. Und so blieb Edgar Schäfers treffendste Frage an Czechs scheinbar unbeantwortet im Raum stehen: „Wenn ihr die Mißstände denn auch als solche empfunden habt, warum habt ihr dann nicht einfach die Tür der Unterkunft zugemacht?“ Eine rhetorische Frage, freilich: jeder Tag, an dem sich die Tür öffnete, brachte Czechs für jeden Bewohner 20 DM ein. Hier scheiden sich die Geister, hier enden die Möglichkeiten, durch eine Diskussion Verständnis und Toleranz zu bewirken. Die Fehler der Vergangenheit lassen sich nicht ungeschehen machen - weder Czechs Verhalten noch das des Vorstands noch die Parteaustritte. Die offene Auseinandersetzung mag jedoch als - die vielleicht letzte - Chance für einen Neubeginn begriffen werden für eine Partei, die sich auch und gerade durch ihre Struktur und Umgangsformen immer positiv von anderen abheben wollte Imke Zwoch

VON ZAPFEN- UND SONSTIGEN STREICHEN

STADT DEMENTIERT IHRE URHEBERSCHAFT EINER UMFRAGE ZUM THEMA EHRUNGEN FÜR SCHEIDENDE MILITÄRS

(noa) Liegt es etwa am Stellenabbau bei der Stadtverwaltung, daß nicht alle Haushalte das Schreiben des Oberstadtdirektors "An alle Haushalte der Stadt Wilhelmshaven" bekommen haben? Wenn der städtische Bote überfordert ist, hätte die Stadt angesichts der Bedeutung der Frage in die Portokasse fassen und so die ordnungsgemäße Zustellung sicherstellen müssen!

Aber nicht genug, daß die Stadt einem Teil der BewohnerInnen die Möglichkeit der Meinungsäußerung zum Thema "Zapfenstreich" vorenthält - sie macht auch denen, die die Postwurfsendung nicht bekommen haben und normalerweise gar nicht mitbekommen hätten, daß es etwas zu lesen gibt, lange Zähne, indem sie über Radio Bremen dementieren läßt, die Urheberin des Schreibens zu sein. Und nun fragt jeder jeden: "Weißt du, was das für ein Brief ist, der angeblich nicht vom Oberstadtdirektor ist?"

Der GEGENWIND, nach Meinung einiger Stadtväter ein Blatt, das eher Sand als Öl im Getriebe darstellt, hat sich entschieden, hilfe-reicheinzugreifen. Nicht zuletzt, weil das leider nur unvollständig verteilte Schreiben Zeichen setzt in Sachen Zusammenwirken von Stadtverwaltung und Marine, veröffentlichen wir es an dieser Stelle.

"Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wilhelmshaven", heißt es da, "wie Sie sicherlich der Presse entnommen haben, wird am 19.3.96 aus Anlaß der Verabschiedung des Herrn Vizeadmiral Franz Dieter Braun aus dem aktiven Dienst des Bundeswehr ein großer Zapfenstreich veranstaltet. Der am 17.6.1939 in Bremen geborene Franz Dieter Braun trat mit 16 Jahren, im Jahre 1955, seinen Dienst in der Marinestadt Wilhelmshaven an. Auch während der folgenden Jahre, in denen er sein Abitur an der Volkshochschule der Stadt nachholte und so den Grundstein für seine spätere Karriere legte, diente er zwar in wechselnden Einheiten, aber immer am Standort. Auch in seiner Offizierszeit blieb er Wilhelmshaven treu, obwohl er mehrere Versetzungsangebote in andere Standorte erhielt. Erst im Jahre 1985 ging er auf Befehl des Bundesministers für Verteidigung nach Northwood bei London, um dort im Notohauptquartier für Nord- und Westeuropa zu arbeiten. Dabei blieb er aber immer dieser schönen Stadt am Meer verbunden.

Das Ritual dieses Zapfenstreiches einschließlich der Reihenfolge der Musikstücke ist seit Jahrhunderten festgelegt. Nur das zweite Musikstück nach der Eröffnung kann sich der Soldat aussuchen, dem diese hohe Ehre zuteil wird. Der Herr Vizeadmiral Franz Dieter Braun hat sich aufgrund seiner festen Verbundenheit mit der Stadt Wilhelmshaven dazu entschlossen, das erwähnte Musikstück den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Wilhelmshaven zu schenken. Wir sind uns der großen Ehre durchaus bewußt und möchten Sie hiermit bitten, durch aktives Mitwirken daran teilzuhaben.

Aus diesem Grunde haben wir an dieser Stelle eine Reihe möglicher Musikstücke zusammengestellt. Bitte kreuzen Sie Ihren Vorschlag an und schicken Sie ihn bis kommenden Samstag an: Stadt Wilhelmshaven, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 1140, 26380 Wilhelmshaven."

Zwar ist es für GEGENWIND-LeserInnen jetzt leider zu spät, von ihrem demokratischen Recht Gebrauch zu machen und an der Willensbildung bezüglich des Musikstückes



teilzunehmen. (Die Redaktion hat sich fürchterlich angestrengt, den Redaktionsschluß und damit das Erscheinen dieser Ausgabe zu beschleunigen, aber leider hat es nicht geklappt.) Damit Sie dennoch wissen, welche Auswahl Sie gehabt hätten, wenn Sie sie gehabt hätten, nennen wir die Musikstücke:

♪ "Ode an die Freude

♪ Marsch des 1. wilhelminischen Marinecorps der Stadt Wilhelmshaven

♪ Der kleine Bootsmann

♪ Ouvertüre aus Der Freischütz

♪ Altpreußischer Marsch"

Schade, daß die meisten WilhelmshavenerInnen um die Chance der Mitbestimmung gebracht wurden! Aber es gibt einen Trost! Wir haben ja oben schon die löbliche Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Marine erwähnt. Sie zeigte sich aktuell darin, daß der Oberstadtdirektor einen Fragebogen von Herrn Konteradmiral Jürgen Geier, Amtschef des Marineamtes, mitversandte. Und diese Umfrage ist nicht an den Termin des Zapfenstreiches gebunden. Nutzen Sie also wenigstens diese Chance und senden Sie Herrn Geier den unten abgedruckten Fragebogen!

Wir möchten nun von Ihnen wissen, warum Ihrer Meinung nach die kleinen Leute nicht so geehrt werden. (...)

Den kleinen Leuten wird eine derartige Ehrung nicht zuteil,

	Richtig	Falsch
weil sie keine schöne Uniform tragen		
weil sie dafür keine Zeit haben		
weil sie zu Hause ausgelacht würden		
weil Zivilisten so etwas nicht nötig haben		
weil sie sich selbst nicht so wichtig nehmen		
weil sie nicht als ausgebildet wurden		
weil sie lieber kegeln gehen		
weil sie für solche Ehrungen zu blöd sind		
weil sie lieber gezapfte Biere trinken		
weil auf so etwas nur die Großen abfahren: Bürgermeister/Admiräle usw.		
weil für die Kleinen schon die Lindenstraße, Praxis Bülowbogen und Inge Meysel da ist		

winkler TV • Video • HiFi
ist unsere Sache
Beratung Verkauf Reparatur
Störtebekerstraße 3 · Edo-Wiemken-Straße 8
☎ 93 29-0 Fax 93 29-19 ☑ rund ums Haus